Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste

zeichen
Nr. 3 | Winter 2019

DEMOKRATIE

Inhaltsverzeichnis

3 EDITORIAL

4–23 THEMA

4–5 Was können Organisationen aus der Zivilgesellschaft zur Stärkung der gefährdeten Demokratie heute beitragen? Von Thomas Krüger

6–8 Wer Chancen sichern will, muss denen widersprechen, die schon aufgegeben haben. Interview mit Hans-Jochen Vogel

9–11 »Ich finde, wir reden zu viel von Migranten. Wir haben nicht verstanden, dass es um Demokratie geht, darum, was wir unter Demokratie verstehen.« Interview mit Naika Foroutan

12–13 Kirchliches Engagement gegen Rechtsextremismus. Von Friedrich Stiller

14–15 Pluralität in Bewegung. Von Katarina Stjepandić und Elias Steinhilper

16–17 Ein Bündnis, das Mut macht. Von Kai Flechtner

18–19 Was habe ich in meiner Zeit bei ASF von Demokratie verstanden? Von Bernd Rieche, Jette Helberg, Tetiana Hutsalenko und Jakob Stürmann

20–21 Kirchenasyl – eine Praxis im Herzen der Demokratie. Von Lukas Pellio

22–23 »Aus der Komfortzone heraus und streiten.« Interview mit Arnd Henze

24 ANDACHT

Der Heilige Geist und die Schrecken der Gewalt. Von Gabriele Scherle

25 GUTES TUN

Geteiltes Glück verdoppelt sich! Von Sanne Kaperlat

26–29 AUS DER ARBEIT VON ASF

Freiwillige berichten

26 Eine Annäherung an Mitteleuropa. Von Jannik Oestmann

27 Routine und Überraschungsmomente. Von Dorothee Springer

Sommerlager

28 Eindrücke aus den ASF-Sommerlagern 2019. Von Jutta Weduwen

29 Als Gruppen zusammenwachsen, sich austauschen, zuhören, gemeinsam lernen und etwas (er)schaffen. Von Katharina Gloe

30–31 ASF: KURZNACHRICHTEN + TERMINE

IMPRESSUM

Ausgabe: Nr. 3, Winter 2019, 47. Jahrgang
Auflage: 9.800 Exemplare
Herausgeber: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin
Redaktion: Thomas Arzner, Barbara-Maria Vahl
Verantwortlich: Dr. Dagmar Pruin
Lektorat: Dr. Christian Jerger
Telefon: 030 28 395 184
Fax: 030 28 395 135
E-Mail: asf@asf-ev.de
Internet: www.asf-ev.de

BILDNACHWEISE

Titel: Barbara-Maria Vahl
Innenteil: soweit hier nicht anders aufgeführt: ASF-Archiv
S. 5: bpb/Martin Scherag, S. 6, 8: Klaus D. Wolf, S. 7, 30: Barbara-Maria Vahl, S. 10: Claudia Schoepping S. 11: Rasmus Tanck, S. 13: Stephan Schütze, S. 14: Andi Weiland, S. 17 unten rechts: Benjamin Woch, S. 18 links: Sebastian Laubert, S. 21: epd-Bild/Gerhard Seifert, S. 23: Solveig Böhl, S. 25: Beer, privat, S. 28: Hermann Bredehorst, S. 31 links: James K. Barnett

Gestaltung: ultramarinrot, Berlin
Druck: Druckhaus Dülmen

ASF-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das letzte *zeichen* zum Themenfeld des Antisemitismus war gerade in den Druck gegangen und noch nicht ausgeliefert, da erreichten uns die schlimmen Nachrichten aus Halle. Ein rechtsextremer Täter hatte versucht, bewaffnet in die dortige Synagoge einzudringen – und nur, weil ihm dies nicht gelang, ist ein Blutbad verhindert worden. Zwei unschuldige Passant*innen jedoch hat er ermordet. Erahnt haben wir solche Ereignisse nicht, befürchtet jedoch schon, und so lesen sich die Artikel unseres *zeichen* nun wie ein Kommentar zu den Ereignissen von Halle.

Dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland sicher fühlen können, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus will ihren Teil dazu beitragen. Und wir sind dankbar, uns dabei mit vielen Menschen verbunden zu wissen.

»Der Anschlag ist ein Angriff auf unser demokratisches Miteinander, das Menschen Freiheit, Würde und Teilhabe unabhängig von ihrer Religion, ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Einstellung sichern muss«, so formulierte es meine Kollegin Jutta Weduwen in unserer Presseerklärung am Tag des Anschlags. Wir hatten bereits im Sommer beschlossen, uns in der letzten Ausgabe für dieses Jahr mit dem Thema Demokratie zu beschäftigen, und beide Ausgaben des *zeichen* können und sollen als korrespondierend verstanden werden.

Unsere Beschäftigung damit ist bewusst intergenerativ – zwischen dem ältesten Autor und der jüngsten Autorin dieses Heftes liegen fast siebzig Lebensjahre – und aus verschiedenen Perspektiven, und wir haben dabei immer vor allem auch die Fragen der Zivilgesellschaft im Blick. Die Autor*innen sind sich in ihren Thesen sicherlich nicht immer einig. Es eint sie jedoch der Wille, nicht Entwicklungen zuzusehen, welche die Demokratie schwächen können, sondern vielmehr auch zu analysieren, was sie stärkt und was für unser demokratisches Zusammenleben getan werden kann und getan wird – und welche Diskurse wir führen müssen.

So beschäftigt sich Thomas Krüger mit der Frage, was Organisationen der Zivilgesellschaft zur Stärkung der Demokratie beitragen können. Hans-Jochen Vogel und Leo Buddeberg beleuchten in ihrem Gespräch verschiedene Zeithorizonte und Naika Foroutan plädiert dafür, weniger über Migration und mehr über Demokratie zu sprechen und stellt die Frage der Teilhabe in der postmigrantischen Gesellschaft. Katarina Stjepandić und Elias Steinhilper analysieren neue Formen von zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Lukas Pellio beschreibt die Praxis des Kirchenasyls als notwendiges Moment innerhalb der Demokratie und Arnd Henze beschäftigt sich mit der Frage nach der Demokratiefähigkeit der Kirche. Zu diesem Mosaik von Texten treten Berichte und Erfahrungen aus unserer eigenen Arbeit. Wir erzählen von Freiwilligendiensten und Demonstrationen und der Frage, wie ein Freiwilligendienst bei ASF den Blick auf demokratische Prozesse schärfen kann.

Ein funktionierendes demokratisches Miteinander ist keine Selbstverständlichkeit. Es muss immer neu erarbeitet, muss bewahrt werden und es braucht Kraft und Ermutigung – und manchmal auch ernsthaftes Streiten. Dafür treten wir ein und möchten es auch gemeinsam mit Euch und Ihnen in Zukunft tun. Wir danken Euch und Ihnen für die Unterstützung, die ASF durch Euch und Sie erfährt.

In Verbundenheit grüße ich Sie und Euch, auch im Namen meiner Kollegin Jutta Weduwen und des ASF-Teams

Ihre Dagmar Pruin

Dr. Dagmar Pruin, Theologin, ist – zusammen mit Jutta Weduwen – Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Was können Organisationen aus der Zivilgesellschaft zur Stärkung der gefährdeten Demokratie heute beitragen?

Die Demokratie kann nur bestehen bleiben und sich fortentwickeln, wenn sie sich auf eine starke und aktive Zivilgesellschaft verlassen kann, in der jede und jeder Einzelne sich für ihre Werte und Errungenschaften engagiert, sagt Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Demokratie ist ein komplexes Gebilde, das sich nicht selbst erhält. Sie unterliegt keiner konstanten oder gradlinigen Entwicklung, sondern ist, wie kaum etwas anderes, abhängig von der Gesellschaft, in der sie existiert. Von Menschenwürde, Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit bis hin zur sozialen Absicherung – all dies sind hart erkämpfte Werte und Errungenschaften, das Ergebnis jahrhundertelanger Entwicklung und der Beharrlichkeit vieler Menschen. Insbesondere die Zivilgesellschaft, also der nicht staatliche politische Raum, trägt zu der nie endenden Erneuerung der Demokratie bei. Dieser freiwillige Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen, sozialen Bewegungen oder Non-Profit-Verbänden stellt eine eigene Sphäre jenseits von Staat, Ökonomie und Privatsphäre dar. Sie ist von Freiwilligkeit, Selbstbestimmung, Öffentlichkeit und gegenseitiger Hilfe sowie durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Selbstorganisation gekennzeichnet.

Der normative Begriff der Zivilgesellschaft steht für friedliche Konfliktaustragung, für toleranten, respektvollen Umgang im öffentlichen Raum und die Anerkennung von Vielfalt. Insbesondere das öffentliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger jenseits der staatlichen Akteure und politischen Institutionen trägt dazu bei, demokratische Werte in einer Gesellschaft zu verwurzeln und Institutionen sowie eine freiheitliche Lebensweise zu schützen.

In diesem Konzept von Zivilgesellschaft gestalten Organisationen einen toleranten Umgang mit Vielfalt und Differenz. Sie schaffen Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sexueller Orientierung oder sozialer Lage. Da soziale Segregation solche Begegnungen oftmals verhindert, sind inklusive, lokale Infrastrukturen umso wichtiger. Ein Beispiel aus der Praxis ist das Programm *Miteinander Reden*, welches bundesweit 100 Projekte in ländlichen Räumen fördert. Das wesentliche Kennzeichen in diesem Ideenwettbewerb und Weiterbildungsangebot ist es, Akteur*innen vor Ort bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Ideen und Vorhaben zu stärken und professionalisieren. Und hier sei auch die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste genannt, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche Form der Ausgrenzung richtet und einsetzt für starke, demokratische Gesellschaften.

Damit geht einher, dass zivilgesellschaftliche Organisationen durch gezieltes Agenda Setting Probleme in der Öffentlichkeit thematisieren und für diese sensibilisieren können. Die Zivilgesellschaft kreiert den Raum, in dem illegitime Ungleichheitsbestände und ihre Legitimationsversuche zur Sprache gebracht werden. Öffentlichkeit zu schaffen, sich politisch einzumischen und Forderungen zu stellen gehört folglich zu den zentralen Leistungen zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Ein Beispiel ist hier die Kolonialvergangenheit Deutschlands: Erst langsam entwickelte sich ein Bewusstsein für dieses historische Kapitel und die Verwobenheit des deutschen Kaiserreiches und dessen Vorgängern in die Ausbeutung anderer Länder. Träger dieser Impulse sind im Wesentlichen zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Sie weisen auf »vergessene Geschichten« hin und wollen vermeintlich eindeutige Narrative irritieren.

Innerhalb der Zivilgesellschaft erleben wir zunehmend diverse und insbesondere neue, rechte Bewegungen. Dabei scheinen radikale Rechte ganz selbstverständlich das bislang eher linke Handlungsrepertoire der Zivilgesellschaft zu übernehmen und Öffentlichkeit für ihre Perspektiven zu schaffen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen darin gestärkt werden, diese radikalen Strukturen anzusprechen und aufzubrechen, indem sie die Stimme erheben und Gegennarrative schaffen.

Obwohl die Zivilgesellschaft einen Raum darstellt, in dem wahrgenommene Probleme und Themen von jeder und jedem zur Sprache gebracht werden können und sollen, muss der geschaffene Dialog stets auf demokratischen Spielregeln fundieren. Für das, was gesagt werden kann, müssen rote Linien gezogen werden. Denn es ist zu erkennen, dass radikale Akteur*innen Stück für Stück versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten. Dabei hat nicht zuletzt der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke gezeigt, dass auf Worte auch schreckliche Taten folgen können.

Deshalb darf gerade im digitalen Raum die Bedeutung der Zivilgesellschaft nicht vernachlässigt werden. Ein klares Zeichen hierfür setzt beispielsweise die gemeinnützige Organisation *HateAid*, eine Beratungs- und Anlaufstelle von Opfern digitaler Gewalt. Dabei hilft die Organisation denjenigen, die Gewalt im Netz ausgesetzt sind, und zeigt potenziellen Tätern und Täterinnen, dass ihre Taten Konsequenzen haben. Auf diese Weise sollen Menschen ermutigt werden, weiterhin ihre Meinung in den politischen Diskurs einzubringen und sich von Gewalt in sozialen Medien nicht abschrecken zu lassen. Einen fairen Dialog fördert auch der Verein *Diskutiert mit mir*. Hier treffen zwei zufällig ausgewählte Personen gegensätzlicher politischer Ansichten in einem Ein-zu-eins-Chat direkt aufeinander und können in einem geschützten digitalen Raum über Politik diskutieren.

Es zeigt sich: Demokratie ist mehr als ein Kreuz auf dem Stimmzettel, sie erhält sich nicht von selbst. Zivilgesellschaftliche Organisationen als Sphäre der Selbstorganisation benötigen die Bereitschaft, zivile Normen durch Zivilcourage im öffentlichen Raum zu verteidigen. Es bedarf eines aktiven Engagements und Stärke, um demokratische Werte zu schützen und mit einer deutlichen Haltung zu verteidigen.

Hierzu muss ein widerstandsfähiger Rahmen gegenüber der Systemverschiebung geschaffen werden. Ein Rahmen, in dem alle drei Sektoren – Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – gleichermaßen beteiligt sind und zusammen agieren. So können Gegennarrative zu extremistischen Strömungen geschaffen werden, die immer mehr versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten. Die politische Bildung stellt dabei einen wesentlichen Faktor dar. Nicht nur, um demokratisches Wissen zu vermitteln. Sondern um darüber hinaus jede und jeden Einzelnen zu mobilisieren, Teil einer aktiven Zivilgesellschaft zu werden, die Stimme zu erheben und ein klares Zeichen zu setzen. Denn die Zivilgesellschaft ist ein Raum, in dem Demokratie gelebt wird, aber auch mit einer deutlichen Haltung verteidigt werden muss.

Thomas Krüger ist seit 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Seit 1995 ist er Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes. Außerdem ist er zweiter stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Jugendmedienschutz und Mitglied des Kuratoriums für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten. 1991 bis 1994 war er Senator für Jugend und Familie in Berlin, 1994 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Wer Chancen sichern will, muss denen widersprechen, die schon aufgegeben haben

»Es geht bei Weitem nicht nur darum, dass du etwas zu essen, ein Dach über dem Kopf und eine berufliche Perspektive hast, sondern darum, sich für eine staatliche Struktur einzusetzen, die aus der Vergangenheit ihre Lehren gezogen hat.« Dies sagt Hans-Jochen Vogel, früherer Bundesminister und SPD-Vorsitzender, im Gespräch mit Leo Buddeberg, der ihn für ein Interview in München besucht hat.

Leo Buddeberg: Herr Dr. Vogel, haben Sie Angst um den Fortbestand der Demokratie?

Dr. Hans-Jochen Vogel: Angst habe ich nicht. Aber ich habe schon vor längerer Zeit deutlich gemacht, dass Demokratie nicht mehr selbstverständlich ist, sondern dass Demokratie immer wieder gegen Angriffe verteidigt werden muss, und zwar nicht nur die Demokratie, sondern auch die Werte, auf denen die Demokratie beruht. Die Angriffe haben in letzter Zeit nicht ab-, sondern deutlich zugenommen. Ein Angriff auf die Demokratie war ja auch der Anschlag auf die Synagoge in Halle. Ich könnte jetzt eine längere Liste aufzählen. Eine völlig neue Situation für die Demokratie bei uns ist auch die Entwicklung der AfD. Es gibt dort Bereiche, die für die Demokratie in einer Weise gefährlich sind, wie es die NPD nicht war.

Also würden Sie sagen, dass die Demokratie heute weniger stabil ist als in den 50er-, 60er-Jahren? Obwohl damals nach der Implementation des neuen Systems beispielsweise die NPD ja auch stark war?

Stark war die NPD nicht. Sie war nie im Bundestag und ist aus den Landtagen, in die sie einzog, schon nach einer Legislaturperiode wieder ausgezogen.

Die Demokratie ist heute härteren Angriffen ausgesetzt und infolgedessen muss sie sich auch entschiedener verteidigen. Das tut sie ja auch bereits zunehmend. Sorge bereitet mir in diesem Zusammenhang übrigens auch die Art und Weise, wie sich der Umgangston unter den Menschen verändert hat. Dabei spielen leider die zu Unrecht »sozial« genannten Medien eine erhebliche Rolle, weil die Äußerung von Hass und von Wut und die Äußerung von Drohungen offenbar im digitalen Bereich viel leichter sind als im täglichen Umgang oder im schriftlichen Umgang.

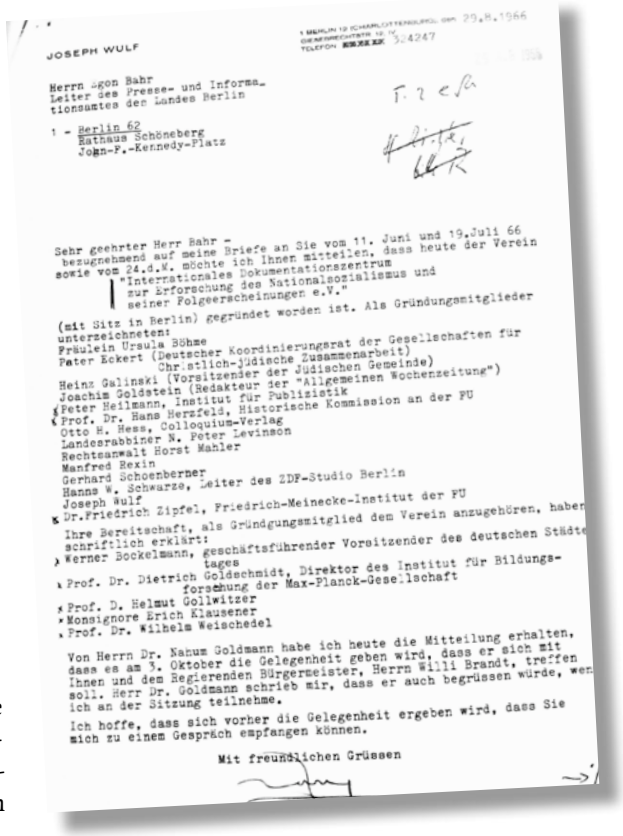
Wenn wir auf Ihre Jugend zurückschauen, dann sehen wir, dass Sie zur Zeit des Nationalsozialismus aufgewachsen sind und 1943 in die Wehrmacht eingezogen wurden. Sie haben nach dem Nationalsozia-

lismus ein sehr politisches Leben geführt. Hatte dieses Bedürfnis, politisch zu werden und für Ihre Meinung und die Demokratie aufzustehen, etwas mit dort gemachten Erfahrungen zu tun?

Ich hatte viel Glück. Erstens im Krieg: Ich war dreimal im Lazarett, zweimal wegen Verletzungen oder Erkrankungen, nur einmal wegen eines Schusses. Das war im März 1945, da erlitt ich einen Bauchschuss. Ich war dann im Lazarett und bin aus dem Lazarett in Italien um den 10. April 1945 herum herausgekommen. Bald danach bin ich von italienischen Partisanen gefangengenommen worden und anschließend daran in der Nähe von Vicenza in amerikanische Gefangenschaft gekommen. Im Juli wurden wir Jüngeren bereits entlassen, sodass ich also schon in der zweiten Hälfte Juli wieder in Gießen/L. zu Hause war. Das war wirklich Glück. Ich habe mich dann um die Zulassung zum Studium in Marburg bemüht und dann zwei Jahre lang dort studiert. Während der Zeit ist mir sehr rasch deutlich geworden: Es geht nicht nur darum zu kämpfen, dass es dir selber besser geht, dass du wieder zu essen hast, dass du wieder eine Wohnung hast, dass du wieder eine berufliche Perspektive hast, sondern du musst dich auch für eine staatliche Struktur einsetzen, die aus der Vergangenheit Erfahrungen zieht. Dabei war uns das ganze Ausmaß der Verbrechen damals noch nicht genügend bekannt. Ich habe mich deshalb schon im Jahr 1947 dafür engagiert, mitzuhelfen, eine neue Demokratie aufzubauen und ihren Werten zur Geltung zu verhelfen. Deswegen bin ich zu allen damals schon aktiven Parteien hingegangen und habe mir die Versammlungen angehört, soweit sie schon Grundsatzpapiere hatten, habe ich mir die angesehen, und das ist alles eingeflossen in meine eigene schriftliche Konzeption.

Wenn Sie die gesellschaftlichen Tendenzen sehen, für die aktuell AfD, Pegida und antisemitische Anschläge stehen, was löst das vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen im Nationalsozialismus in Ihnen aus?

Es löst in bestimmten Fällen, so bei Reden von Herrn Höcke, die Erinnerung daran aus, welche Reden im Münchener Bürgerbräukeller Anfang der 20er-Jahre gehalten wurden und was sich dann daraus entwickelt hat, ja. Ich staune manchmal, dass das alles doch bei nicht ganz wenigen in Vergessenheit geraten ist. Ich habe nicht zuletzt deshalb mit zwei anderen Mitstreitern, die inzwischen schon lange verstorben sind, zur Verteidigung der Demokratie und zur Erhaltung der Erinnerung an die Verbrechen der NS-Gewaltherrschaft vor jetzt 26 Jahren eine Vereinigung gegründet, die den Titel *Gegen Vergessen – Für Demokratie* trägt. Diese Vereinigung ist gerade jetzt in ganz besonderer Weise gefordert. Ich bin froh, dass es sie inzwischen mit immerhin 40 regionalen Arbeitsgruppen gibt.



JOSEPH WULF

1 BERLIN 12 (CHARLOTTENBURG) den 29.8.1966
GRUNEWALDSTR. 12
TELEFON 324247

Herrn Egon Bahr
Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin

1 - Berlin 62
Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz

Sehr geehrter Herr Bahr -
bezugnehmend auf meine Briefe an Sie vom 11. Juni und 19.Juli 66 sowie vom 24.d.M. möchte ich Ihnen mitteilen, dass heute der Verein "Internationales Dokumentationszentrum zur Erforschung des Nationalsozialismus und seiner Folgeerscheinungen e.V."
(mit Sitz in Berlin) gegründet worden ist. Als Gründungsmitglieder unterzeichneten:
Fräulein Ursula Böhme
Pater Eckert (Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-jüdische Zusammenarbeit)
Heinz Galinski (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde)
Joachim Goldstein (Redakteur der "Allgemeinen Wochenzeitung")
Peter Heilmann, Institut für Publizistik
Prof. Dr. Hans Herzfeld, Historische Kommission an der FU
Otto H. Hess, Colloquium-Verlag
Landesrabbiner N. Peter Levinson
Rechtsanwalt Horst Mahler
Manfred Rexin
Gerhard Schoenberner
Hanns W. Schwarze, Leiter des ZDF-Studio Berlin
Joseph Wulf
Dr.Friedrich Zipfel, Friedrich-Meinecke-Institut der FU
Ihre Bereitschaft, als Gründungsmitglied dem Verein anzugehören, haben schriftlich erklärt:
Werner Bockelmann, geschäftsführender Vorsitzender des deutschen Städtetages
Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt, Direktor des Institut für Bildungsforschung der Max-Planck-Gesellschaft
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Monsignore Erich Klausener
Prof. Dr. Wilhelm Weischedel

Von Herrn Dr. Nahum Goldmann habe ich heute die Mitteilung erhalten, dass es am 3. Oktober die Gelegenheit geben wird, dass er sich mit Ihnen und dem Regierenden Bürgermeister, Herrn Willi Brandt, treffen soll. Herr Dr. Goldmann schrieb mir, dass er auch begrüssen würde, wenn ich an der Sitzung teilnehme.

Ich hoffe, dass sich vorher die Gelegenheit ergeben wird, dass Sie mich zu einem Gespräch empfangen können.

Mit freundlichen Grüssen

Aus dem Jahr 1966 ein Schreiben von Joseph Wulf, der sich lange für die Gründung eines Internationalen Dokumentationszentrums zur Erforschung des Nationalsozialismus stark-gemacht hatte, an den ehemaligen Parteigenossen von Hans-Jochen Vogel, Egon Bahr. Abdruck mit freundlicher Genehmigung GHWK Berlin.

Personen wie Sie, die Erinnerungen an die Zeiten haben, in denen andere Verhältnisse herrschten, sind heute nicht mehr ganz so zahlreich. Glauben Sie, dass generell für die Erinnerung mehr getan werden müsste?

Sie sagten »nicht mehr so viele«. Ja, das ist mir in den letzten Tagen durch den Tod meines Freundes Erhard Eppler deutlich geworden. Ich bin nun in dieser Generation, in dieser Altersstufe einer der ganz wenigen, die noch leben. Das Zweite, dass der Staat als solcher, die staatlichen Stellen und die staatlichen Repräsentanten zur Verteidigung der Demokratie wach geworden sind, würde ich schon sagen. Die Frage ist, ob jeder einzelne Bürger seine Mitverantwortung erkennt. Dass es eben nicht genügt, dass man mit heruntergezogenem Mundwinkel danebensitzt und sagt: »Das ist schlimm.« Nein! Dass diese Menschen selber etwas tun! Und da ist noch viel zu aktivieren. Sie kommen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste – das ist ja ein guter Beleg dafür, dass man etwas tun kann! Und die von mir mitbegründete Vereinigung ebenfalls!

Sie haben gerade schon aktuelle gesellschaftliche Debatten anklingen lassen. Um dort zu bleiben: Entspringt für die Migrations- und Fluchtdebatte, die wir seit Jahren führen, eine Verantwortung aus der deutschen Geschichte?

Auch auf diesem Gebiet erwächst eine Verantwortung, und zwar eine Verantwortung vielfältiger Art. Erstens: Vertrieben hat ja das NS-Regime auch Millionen von Menschen, nicht nur Juden, sondern auch viele andere. Zum Zweiten ist eine Folge dessen, was vor 1945 geschehen war, dass das Grundrecht auf Asyl in das Grundgesetz aufgenommen wurde. Dieses Grundrecht auf Asyl muss sehr ernstgenommen werden. Allerdings ist das Grundrecht auf Asyl auch nicht ein Recht, aus wirtschaftlichen Gründen Aufnahme zu erlangen. Wir haben es natürlich seit 2015 hier mit einem Thema zu tun, auf das sich insbesondere die AfD immer wieder beruft. Ich habe es damals sehr richtig gefunden, dass Frau Merkel denen, die da verzweifelt im Budapester Bahnhof und woanders saßen, den Zugang zu uns ermöglicht hat. In der Folgezeit allerdings muss man einen gewissen Unterschied machen. Gauck hat ihn so formuliert: »Das Herz muss weit für Willkommen sein, aber wie weit reicht das Herz, um den Willkommenen dann auch wirklich eine Realität zu vermitteln?« Darin steckt halt, dass nicht Menschen in beliebiger Zahl kommen können, sondern dass es dafür einer gewissen Ordnung bedarf – die ja dann, was von Kritikern häufig übersehen wird, von der Bundesregierung schrittweise geschaffen worden ist. Ein Weiteres gehört dazu: dass näm-

lich die eigentlichen Ursachen für diese Millionenwanderungen im Kopf bleiben. So die jahrelangen Bürgerkriege, verzweifelte wirtschaftliche Verhältnisse oder die Auswirkungen des Klimawandels – und das sind Probleme, die uns noch lange beschäftigen werden, auf die gerade auch die Jüngeren Antworten finden sollten.

Bestimmte Faktoren oder Institutionen, die früher vielleicht eine große Wirkung auf den Transport von Werten in politische Debatten hatten, sind heute weniger relevant, so zum Beispiel Kirchen. Sie sind Katholik: Welche Aufgabe können Kirchen heute noch in der Demokratie und in der Sensibilisierung gegen Gewalt übernehmen?

Da schlagen Sie ein neues Buch auf. Erstens gibt es für mich ja die Frage, auf welchen Werten die Demokratie beruht. Dann die weitere Frage, woraus ich diese Werte herleite. Ich habe immer deutlich gemacht, dass ich diese Werte aus meinen christlichen Überzeugungen herleite. Die Rolle der Kirchen ist deswegen heute schwierig geworden, weil erstens insbesondere die katholische Kirche, aber auch in geringerem Umfang die evangelische, wegen der schlimmen Missbrauchsfälle selber vor ganz ernsten Problemen steht. Zweitens: Wir haben einen Übergang zur Individualisierung. Der Einzelne wird deshalb nicht mehr so stark von der Gemeinschaft determiniert, der er angehört.

Sie sprechen die Individualisierung der Gesellschaft an. Wenn ich mir andererseits die politische Landschaft anschaue, habe ich schon das Gefühl, dass wir uns in einer sehr politisierten Situation befinden. Die *Fridays-for-Future*-Proteste, die *#unteilbar*-Demonstrationen und andere Bewegungen, die wir in den letzten Monaten gesehen haben, sprechen insbesondere für eine Bereitschaft meiner Generation, sich auch im Kollektiv einzubringen und zusammen mit anderen für etwas aufzustehen.

Ich begrüße das sehr, so etwa die von Greta Thunberg begründete *Fridays-for-Future*-Bewegung. Das ist ermutigend, dass so viele junge Menschen Zusammenhänge erkennen und dann nicht nur mit herabhängenden Mundwinkeln kritisch beiseitestehen, sondern sich engagieren. Aber mit Kirchen lässt sich diese Bewegung nicht vergleichen.

Inwiefern muss sich denn Ihrer Meinung nach in nächster Zeit die Parteiendemokratie verändern, um diese Dynamiken und Bewegungen aufzugreifen?

Ja, Parteien müssen sich auch verändern, und zwar durch eine stärkere Beteiligung der Mitglieder. Nicht nur, indem diese Stimmen abgeben, sondern indem sie selber aktiv werden. Da hat meine Partei jetzt mit der Mitgliederentscheidung über den Parteivorsitz schon einen richtigen Weg angetreten. Das kann auch für andere Fälle gelten. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir die Bürger so wie auf der kommunalen und der Landesebene auch auf Bundesebene beteiligen könnten. Vielleicht nicht so sehr zu Ja-Nein-Entscheidungen, aber zur Mitwirkung in der Form, dass sie beispielsweise ein Gesetz, das der Bundestag verabschiedet hat, stoppen können und sagen können: Das muss noch mal beraten werden mit denen und denen. Oder dass sie auch bestimmte Gesetze anstoßen, dass sie sagen: Wir brauchen ein Gesetz in einer bestimmten Richtung.

In Großbritannien haben wir einen solchen Entscheid einer Ja-Nein-Frage auf Staatsebene gesehen, der sich jetzt auswirkt. Parallel dazu werden in anderen europäischen Staaten ähnliche Tendenzen größer. Gucken wir nach Ungarn, Italien, Polen, die die Europäische Union schwächen, die als Friedensgarant wichtig und nicht selbstverständlich ist.

Der Brexit ist insgesamt eine Ermutigung, weil die Neigung anderer Länder auszutreten nach diesen britischen Erfahrungen sehr gering geworden ist. Die Europäische Union ist auch mit den Briten in dieser Hinsicht klug und vernünftig umgegangen. Die Briten selber haben in den letzten Wochen und Monaten ein Schauspiel geboten, das ich mir von dem Mutterland der Demokratie so nicht erwartet hätte. Natürlich weist der Zusammenhalt in der EU Punkte auf, die Fragezeichen aufwerfen: Orbán in Ungarn zum Beispiel, dann auch Polen – aber das ist alles nicht mit Großbritannien zu vergleichen. Der Druck auf diese Staaten, sich europagemäß zu verhalten, ist durch die Brexit-Erfahrungen noch etwas stärker geworden. Schließlich muss man auch bei einer solchen großen Einrichtung wie der Europäischen Union Probleme erwarten, dass es Schwierigkeiten gibt und dass die dann überwunden werden. Bis heute halte ich die Entwicklungen der EU für akzeptabel und erfreulich insgesamt. Die Tatsache, dass wir heute seit 70 Jahren keinen Krieg mehr in Europa haben, hängt damit zusammen.

Herr Dr. Vogel, insgesamt sind Sie optimistisch mit Blick auf den Fortbestand der Demokratie. Kann ich es auch sein?

Ja. Auch deswegen, weil die Chancen, dass wir uns erträgliche Verhältnisse schaffen, nach meiner Lebenserfahrung größer sind, wenn man zuversichtlich ist, als wenn man sagt, es ist eigentlich alles schon verloren, es ist alles vorbei und wird immer schlechter. Wer Chancen sichern will, braucht ein gewisses Maß an realistischer Zuversicht und muss denen widersprechen, die sagen: Ist eigentlich schon alles erledigt, wird immer schlechter, ist nicht aufzuhalten. Auch der Klimawandel, »Herrgott noch mal«, das meinen ja auch die Millionen Jungen jetzt, ist aufzuhalten!

Ich danke Ihnen für das Gespräch!

Hans-Jochen Vogel, geboren 1926 in Göttingen, ist ein deutscher Politiker (SPD). Vogel, der Jura studierte, war von 1960 bis 1972 Oberbürgermeister von München, von 1972 bis 1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, danach bis 1981 Bundesminister der Justiz und im Jahr 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin. Von 1987 bis 1991 war er der Nachfolger von Willy Brandt als SPD-Vorsitzender.

Leo Buddeberg ist 20 Jahre alt und war 2017/18 Freiwilliger im Belgischen Staatsarchiv in Eupen. Seit seiner Rückkehr studiert er Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und ist derzeit studentischer Mitarbeiter in der Freiwilligenkoordination von ASF. Leo engagiert sich seit einigen Jahren unter anderem bei den Jusos und den Juso-Hochschulgruppen.

»Ich finde, wir reden zu viel von Migranten. Wir haben nicht verstanden, dass es um Demokratie geht, darum, was wir unter Demokratie verstehen. Tatsächlich geht es um die Aushandlung von Anerkennung, von Chancengleichheit und von Teilhabe.«

Dies sagt die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan, die eine neue, weitgefasste Integrationspolitik fordert.

[...]

Frau Foroutan, was meinen Sie mit postmigrantisch?

Es heißt jedenfalls nicht, dass die Migration vorbei ist. Es heißt, zu fragen: Was passiert nach erfolgter Migration? Mit den Menschen, die migriert sind, mit ihren Nachkommen, mit jenen, die schon ein paar Generationen lang hier waren? In postmigrantischen Gesellschaften geht es darum: Wer beansprucht, gesehen und gehört zu werden? Wer darf mitsprechen? Wer wird gehört? Wer hat das Gefühl, bei diesem Aushandlungsprozess zur Gestaltung der pluralen Demokratie in den Hintergrund zu geraten?

Was wird denn ausgehandelt?

Ein ganz zentrales Versprechen der Demokratien: jenes, das in Deutschland in Artikel 3 des Grundgesetzes steht. Nämlich: Kein Mensch darf aufgrund seiner Herkunft, seiner Religion, seines Geschlechts und so weiter benachteiligt werden. Das ist schon ein starkes Versprechen.

Was hat das mit Migration zu tun?

Dieses Versprechen gilt für alle Bürger und Bürgerinnen in Deutschland. Aber genau das ist die Krux: für alle. Also auch für Migranten! Dieser Grundgesetzartikel legte 1949 den Grundstein für eine plurale Ausrichtung der Demokratie. Er ist nicht der einzige Pluralitätsgrundsatz: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, der Würde-Artikel und andere mehr: Sie alle zeigen deutlich, dass Deutschland nicht erst durch die Migrationsfrage plural geworden ist, sondern das Selbstbild dieser Demokratie bereits auf Pluralität aufbaut. Deutschland war schon immer plural – wenn man den Homogenitätswahn der Nazis nicht als Grundlage nimmt, um sich sein Deutschlandbild zu machen.

Schon immer?

Deutschland entstand aus 39 Fürstentümern. Die waren multireligiös, multisprachlich und multikulturell. Die Vorstellung, Deutschland sei erst durch Migration divers und multikulturell geworden, ist falsch. Ich muss Ihnen etwas heraussuchen. Das zeigt Ihnen, dass man schon, bevor es ein Deutschland gab, wusste, dass es identitär nicht zu haben war. Ich habe Ihnen etwas herausgesucht: Am 4. Juli 1848 erklärte der Berliner Abgeordnete Wilhelm Jordan in der Frankfurter Paulskirche der Deutschen Constituierenden Nationalversammlung: »Jeder ist ein Deutscher, der auf deutschem Gebiet wohnt ... die Nationalität ist nicht mehr begrenzt durch die Abstammung und die Sprache, sondern ganz einfach bestimmt durch den politischen Organismus, durch den Staat. Die Engländer, Schotten und Iren bilden alle zusammen eine Nation. Sie fassen sich zusammen zur britischen Nation, und mit demselben Recht können wir sagen: Alle, welche Deutschland bewohnen, sind DEUTSCHE, wenn sie auch nicht Deutsche von Geburt und Sprache sind. Wir dekretieren sie dazu, wir erheben das Wort Deutscher zu einer höheren Bedeutung und das Wort Deutschland wird fortan ein politischer Begriff.« Die plurale Demokratie ist also keine Erfindung von Multikultiromantikern der 1980er-Jahre. Wir müssen wirklich lernen, unser historisches Gedächtnis aufzufrischen und erkennen, wie vieles bereits da war. Auch das Wort Integration gehört dazu.

Aber handeln nicht Migranten besonders diese Fragen der Gleichheitsrechte aus?

Nein. Diese Fragen um Rechte, Positionen und Privilegien betreffen natürlich nicht nur Migranten. Ostdeutsche, Arbeiter, Landbewohner, Frauen und so weiter, sie alle diskutieren sie gerade – der Vorwurf, wegen der ganzen Migrationsfrage sehe man deren Probleme und Ungleichheiten nicht mehr, steht ja akut im Raum. Auch deswegen »post«-migrantisch. Eine Aufforderung, die Gesellschaft wieder als Ganzes in den Blick zu nehmen – ohne diese binäre Codierung in »die Migranten« und »die Einheimischen«. Die obsessive Vorstellung, dass die zentralen Konflikte unserer Gesellschaft durch Migration hierhergetragen würden, muss hinterfragt werden. Auch wenn kein einziger Migrant mehr hier leben würde, hätten wir Probleme mit dem sozialen Wohnungsbau, mit maroden Schulen, mit entvölkerten Regionen oder mit der Ungleichheit in West und Ost. Es geht bei einer postmigrantischen Perspektive auch darum, diesen alles bedeckenden Schleier der Migrationsfrage zur Seite zu schieben und dahinter die Gesellschaft in ihrer dynamischen Aushandlung in den Blick zu nehmen: Geht es um Migration oder geht es darum, was danach passiert – nämlich, dass Migranten, völlig zu Recht, die gleichen Rechte einfordern, wie die Etablierten.

[…]

Der französische Politiker und Historiker Alexis de Tocqueville (1805–1859) wies schon Mitte des 19. Jahrhunderts darauf hin, dass es zu Revolutionen nicht kommt, wenn die Lage am schlimmsten ist, sondern dann, wenn mit Reformen begonnen wird. Nimmt die Ungleichheit ab, wächst die Kritik an ihr. Das ist das sogenannte Tocqueville-Paradox.

Was hat das mit Ihren Forschungen zu tun?

Im Juli 2001 erklärte die sogenannte Süssmuth-Kommission in ihrem Gutachten zur Lage der Zuwanderung: »Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland.« Damit war nach jahrzehntelangem Leugnen die Politik endlich in der Wirklichkeit angekommen. Der Druck seitens der Migranten – aber auch anderer nicht dominanter Gruppen – ist seitdem größer geworden. Sie agieren seitdem als legitime Akteure im politischen Raum – und nicht mehr nur im moralischen, also vorpolitischen Raum. Kurz: Die Süssmuth-Kommission hat mit ihrem Statement klargestellt, dass die Rechte der Migranten und ihrer Nachkommen denen aller anderen Bürger gleichgestellt sind. Postmigrantische Gesellschaften sind Aushandlungsgesellschaften, da wird um Positionen und Privilegien gerungen – es sind nicht mehr Gesellschaften, in denen die eine Seite der anderen sagt, wie sie sich zu verhalten hat. Die ehemals andere Seite ist nun mittendrin und will dazugehören.

Sie lebten in einer Demokratie. Die tat allerdings so, als gebe es sie nicht.

Jetzt, nach der Anerkennung ihrer Existenz, konfrontierten immer mehr Migranten das demokratische Versprechen von Gleichheit und Partizipation mit der Wirklichkeit von Ungleichheit und Ausschluss.

Also die Spannung zwischen dem, was versprochen, und dem, was gehalten wird?

Hinzu kommt noch, dass die Demokratie, indem sie Gleichheit und Freiheit verspricht, in sich selbst widersprüchlich ist. Gleichheit muss durchgesetzt werden. Oft gegen die Freiheiten, die Einzelne oder einzelne Gruppen sich herausgenommen haben.

Was tun?

Es geht nicht um ein zu erzielendes Endergebnis, sondern um einen Prozess, in dem verschiedene gesellschaftliche Gruppen mittels immer wieder neuer Allianzen an immer wieder neuen Kompromissen arbeiten. So richtig es ist, darauf zu beharren, dass Demokratie nur möglich ist, wenn man einander anerkennt, so wichtig ist es auch, dass es immer auch wieder um die An- oder Aberkennung der Anerkennung geht. Die Vorstellung, die Gesellschaft habe einen Punkt erreicht, hinter den es kein Zurück gibt, ist eine Illusion. Alle Kompromisse sind revidierbar. Anders ist die Erweiterung der Teilhabe nicht zu haben. Das macht Demokratie so anstrengend. Aber auch tendenziell gefährdet. Das erkennen wir gerade an der AfD, die sehr viele Dinge angreift, die wir als gesetzt betrachtet haben.

Sie reden gar nicht von Migranten?

Ich finde, wir reden zu viel von Migranten. Wir haben nicht verstanden, dass es um Demokratie geht, darum, was wir unter Demokratie verstehen. Der Kernkonflikt in postmigrantischen Gesellschaften dreht sich nur an der Oberfläche um Migration! Tatsächlich geht es um die Aushandlung von Anerkennung, von Chancengleichheit und von Teilhabe – alles umkämpfte Güter, die jetzt auch von Migrantinnen und Migranten und ihren Nachkommen beansprucht werden. Aber während wir laut darüber streiten, wird uns bewusst, dass diese zentralen Güter sehr vielen in dieser Gesellschaft verwehrt werden: dass nämlich Arbeiterkinder, bloß weil ihre Eltern bildungsferner sind, grundsätzlich weniger Chancen haben, oben anzukommen, oder Kinder von alleinerziehenden Frauen. Ich sage das, um zu zeigen, dass die postmigrantische Gesellschaft sich eben nicht nur um Migration dreht – unter der Chiffre Migration werden viel mehr Fragen verhandelt, als uns bewusst ist. Auch die Teilhabefrage rückt aufs Tablett: Wie kann das sein, dass wir 25 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Land haben und nur acht Prozent Bundestagsabgeordnete, die diese Biographien repräsentieren? Wieso haben fast 40 Prozent der schulpflichtigen Kinder eine Migrationsbiographie, aber das spiegelt sich im Lehrbetrieb kaum wider?

Jetzt reden Sie doch über Migration!

Damit Sie weiterfragen. Der Bundestag besteht zum Beispiel nur zu dreißig Prozent aus Frauen, nur eine ostdeutsche Ministerin sitzt in Merkels Bundeskabinett und von 81 biografisch geprüften Präsident*innen von ostdeutschen Universitäten war kein einziger ostdeutsch. Für die einen ist Demokratie nämlich die Herrschaft eines bestimmten Volkes – das ist ein identitärer Demokratiebegriff. Für die anderen ist Demokratie der Versuch, immer mehr Gleichheit und immer mehr Freiheit zu ermöglichen. Wir verhandeln diese Grundsatzfrage in erster Linie als Frage unseres Umgangs mit Migranten. In Wahrheit geht es dabei aber auch um die Frage des Verhältnisses der Geschlechter, der Generationen ... Wie verhalten wir uns zu nicht dominanten Gruppen? Wie verhalten wir uns dazu, wenn nicht dominanten Gruppen die Versprechungen der Demokratie beim Worte nehmen und Mit- und Teilhabeansprüche anmelden? Das sind die Fragen, mit denen wir es inzwischen überall in Deutschland zu tun haben.

Ist die Demokratie gefährdet?

Unsere Daten ergeben das nicht. 98,8 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass jeder das Recht haben muss, seine Meinung frei zu vertreten. 94,7 Prozent finden, dass niemand wegen seiner Herkunft bevorzugt oder benachteiligt werden darf. 82 Prozent der Bevölkerung finden, dass ungestörte Religionsausübung gewährleistet werden soll. Sobald man aber die allgemeinen Grundsätze verlässt und konkrete Fragen stellt, ergibt sich ein ambivalenteres Bild. Ein Drittel der Bevölkerung findet nämlich, dass die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland eingeschränkt werden sollte.

[...]

Es geht nicht um Migranten, sondern um uns.

Zum postmigrantischen Wir gehören die Migranten dazu. Viele der Fragen, die wir anhand der Migranten, der Kinder und Kindeskinder von Migranten verhandeln, betreffen in Wahrheit noch ganz andere Gruppen der Gesellschaft. Und noch mehr: Sie betreffen im Kern unser Selbstbild als moderne Demokratie, die eben auf dem Grundsatz von Pluralität und Parität aufzubauen wäre. Zum Beispiel die Vermögensverteilung: Das reichste Prozent der Deutschen verfügt über ebenso viel Vermögen wie die 87 ärmeren Prozent der deutschen Bevölkerung. Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm. Das Problem der Teilhabe an der Gesellschaft, der Integration in sie, ist nicht nur eines der neu hinzugekommenen Migranten. Wir brauchen eine Integrationspolitik für alle. Daran muss sich eine moderne Demokratie messen lassen. Sie muss sich ein Integrationsziel geben – warum nicht eine Agenda 2030? –, schon allein um diese schrecklich desintegrative Politik der Agenda 2020 abzulösen. Ziel müsste sein, dass bis dahin eine Angleichung der Lebensverhältnisse geschieht. Integration heißt nämlich nichts anderes, als Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe zu gewährleisten. Alle Menschen in Deutschland sollen Zugang zu zentralen Gütern und Ressourcen haben. Damit sind auch symbolische Güter wie Zugehörigkeit und Anerkennung von Lebensleistungen gemeint. Und da erschließt sich von alleine, dass dies eben nicht nur die Migranten betrifft. Eine moderne Integrationspolitik muss das endlich berücksichtigen!

[...]

Naika Foroutan, 1971 in Boppard geboren, ist Sozialwissenschaftlerin und Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie leitet das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung.

Interview: **Arno Widmann**

Abdruck eines gekürzten Interviews aus der *Frankfurter Rundschau* (Print) vom 2. Oktober 2019 mit freundlicher Genehmigung des Verlags

Kirchliches Engagement gegen Rechtsextremismus

Die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus und ihrer Mitglieder

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus* (BAG K+R) ist ein Projekt von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, das 2009 mit anderen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Initiativen gegründet wurde. Die BAG K+R ist ein Netzwerk von fast 50 Organisationen und Initiativen, die an der Schnittstelle zwischen Kirche, Gesellschaft und Politik gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit agieren. Die BAG K+R gibt Handreichungen heraus, die verschiedene Diskriminierungsformen erklären und Hinweise zur Arbeit gegen Ausgrenzungen geben. Darüber hinaus beraten die Mitarbeiter*innen und Sprecher*innen der BAG K+R Kirchengemeinden und andere Akteur*innen zum Umgang mit Rechtspopulismus, der in den eigenen Reihen und im Umfeld auftauchen kann.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen, Publikationen und Beratungsangeboten finden sich unter www.bagkr.de.

Engagement einer Mitglieds-organisation der BAG K+R

Unser Kreuz hat keine Haken – in Dortmund engagieren sich *Christ*innen gegen Rechtsextremismus.*

Dortmund hat ein doppeltes Naziproblem. Zum einen hat sich hier vor etwa 15 Jahren eine besondere Szene der Rechtsextremen festgesetzt, die sogenannten *Autonomen Nationalisten*. Sie fordert seitdem die Bürgerschaft, aber auch den Rechtsstaat in unerträglicher Weise heraus. Zum anderen wird in der Berichterstattung über die Stadt immer wieder der Eindruck erweckt, irgendwie seien die Dortmunder*innen selbst schuld. Angeblich hätten sie jahrelang weggeschaut.

Richtig ist allerdings, dass es seit fast 20 Jahren vielfältige Bemühungen der Stadtgesellschaft gibt, sich gegen die Nazis zu wehren. Bereits im Jahr 2000, beim sogenannten Aufstand der Anständigen, haben die Dortmunder*innen Flagge gezeigt. In den Folgejahren wurden erste Gegendemonstrationen gegen die sich ständig wiederholenden Aufmärsche organisiert. Seit 2005 haben sich wichtige Organisationen aus der Mitte der Gesellschaft dauerhaft zum *Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus* zusammengeschlossen. Gewerkschaften, Parteien, Bildungseinrichtungen, der Jugendring, und nicht zuletzt die Kirchen, treten seitdem gemeinsam über weltanschauliche Grenzen hinweg den Nazis entgegen. Der Leiter des evangelischen Referates für Gesellschaftliche Verantwortung und Pfarrer des Kirchenkreises ist seitdem einer der beiden Sprecher.

Über die Jahre wurde deutlich, dass es auch in den Kirchengemeinden etliche gibt, die sich über Demos hinaus engagieren wollen. Um ihnen eine Heimat zu geben, wurde 2012 ein eigenes kirchliches Netzwerk gegründet, der Arbeitskreis *Christ*innen gegen Rechtsextremismus* (AK CgR). Mittlerweile sind über 100 Einzelpersonen Mitglied, aber auch ein Drittel der evangelischen Kirchengemeinden Dortmunds sowie die Frauenhilfe. Auch einige katholische Christinnen und Christen sind in ökumenischer Verbundenheit dabei. Beim kommunalen Runden Tisch wird mitgearbeitet, über die *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus* ist der Arbeitskreis bundesweit vernetzt.

Ein Schwerpunkt sind regelmäßige Informationsveranstaltungen, in denen die Lage und aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus lokal und überregional diskutiert werden. Dabei sind auch die sogenannten Identitären und der Rechtspopulismus im Blick. Ein anderer Schwerpunkt sind praktische Aktionen. Bei Demonstrationen unterstützen die Christ*innen den Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus. Bei spontanen Mahnwachen zum Beispiel für Geflüchtete, wenn es um schnelle Einsätze geht, gehen die Mitglieder auch eigenständig auf die Straße. Immer dabei ist das Banner mit dem markanten Motto »Unser Kreuz hat keine Haken«.

Als sich der deutsche Protestantismus unlängst in Dortmund zum Kirchentag traf, bot der AK CgR den Gästen von nah und fern einen Stadtrundgang »Rechtsextremismus in Dortmund – eine Stadt wehrt sich« an. Das Konzept: Beim Weg durch die Stadt werden an authentischen Orten Ideologie und Untaten der Dortmunder Naziszene dargestellt, aber auch über die langjährige Gegenwehr von Bürger*innen und Kirche berichtet. Der Rundgang will auch ein Beitrag sein, das beschädigte Image der Stadt zu verbessern.

Wer jetzt fragt, ob Christ*innen mit einem solchen Arbeitskreis nicht den Glauben unzulässig politisieren, dem sei gesagt: Es geht gar nicht anders. Denn der Rechtsextremismus und seine rassistische Ideologie von der angeblichen Ungleichwertigkeit der Menschen sind ein direkter Angriff auf unseren christlichen Glauben, auf die Gottesebenbildlichkeit und Würde eines jeden Menschen. In den Grundsätzen des AK CgR heißt es darum: Rechtsextremismus und christlicher Glaube sind unvereinbar.

Mehr Informationen unter **www.christen-rechts.de**.

Friedrich Stiller (58) ist seit 1996 Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung im Evangelischen Kirchenkreis Dortmund. Er ist der Sprecher des *Arbeitskreises Christ*innen gegen Rechtsextremismus* und seit 14 Jahren Co-Sprecher des *Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus*. Schwerpunkte seiner Arbeit sind neben dem Engagement gegen Rechtsextremismus der interreligiöse Dialog und der Dienst in der Arbeitswelt. Seit 19 Jahren ist er zudem Kolumnist der größten Dortmunder Tageszeitung.

Pluralität in Bewegung

#unteilbar und Co. als neue Form zivilgesellschaftlicher Mobilisierung

Die Vision – und Realität – einer vielfältigen Gesellschaft ist in Deutschland seit Langem umkämpft. Zunehmende Pluralität, ganz gleich ob bezogen auf Herkunft, sexuelle Orientierung, Religionszugehörigkeit, Alter oder soziale Lage, wird permanent und oftmals kontrovers verhandelt. Und dennoch haben sich die Auseinandersetzungen darüber, wie in einer heterogenen Gesellschaft zusammengelebt werden kann, seit dem »Sommer der Migration« 2015 zugespitzt. Das äußert sich auch in der Aktivierung, Politisierung und Polarisierung der Zivilgesellschaft. Den Mobilisierungen exklusiv-nationalistischer Bewegungen wie Pegida und dem Wahlerfolg der Alternative für Deutschland (AfD) steht unter anderem ein beispielloser Engagementschub in der Geflüchtetenhilfe gegenüber, die sich zwar nicht immer dezidiert politisch positioniert, aber dennoch als Gegengewicht wirkt.[1] Im sogenannten »Herbst der Solidarität« 2018 kam eine Reihe von politischen Großprotesten hinzu, die sich über Migrationsthemen hinaus für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialem Status, einsetzen.[2] *#ausgehetzt* in München und *Welcome United* in Hamburg brachten jeweils mehrere Zehntausend Demonstrierende auf die Straße. *#unteilbar* in Berlin wurde mit einer Viertelmillion Teilnehmenden zum größten Protest seit den Anti-Irakkrieg-Demonstrationen 2003. Auch 2019 schreibt sich diese Dynamik fort. In einer zweiten Auflage mobilisierte *#unteilbar* im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg bis zu 40.000 Menschen in Dresden, um ein Zeichen für eine offene und vielfältige Gesellschaft zu setzen. Seit dem Wendeherbst vor 30 Jahren hat die sächsische Landeshauptstadt nur selten Protestveranstaltungen dieser Größenordnung erlebt.[3] Auch wenn die Ausweitung von Teilhaberechten immer schon ein zentraler Bestandteil progressiver sozialer Bewegungen war, so findet die Aushandlung darüber derzeit im Kontext einer sich polarisierenden und sich weiter pluralisierenden Gesellschaft statt. Vor diesem Hintergrund verändern sich auch die Konstellation der Akteure und die thematische Rahmung.

POSTMIGRANTISCHE SOZIALE BEWEGUNG?

Protest ist in Deutschland seit Jahrzehnten allgegenwärtig. Er macht gesellschaftliche Konflikte sichtbar und hat immer wieder sozialen Wandel mit angetrieben. Dabei haben sich die dominanten Themen über die Jahre immer wieder verändert – von der Studierendenbewegung der 68er, zur Friedensbewegung der 80er bis hin zu den Globalisierungsprotesten in den frühen 2000ern. Migration blieb lange ein relativ unbedeutendes Protestthema und geriet vor allem im Zuge der hitzigen Debatten über Fluchtmigration ab Ende der 80er-Jahre sowie der Demonstrationen gegen rassistische Pogrome in mehreren deutschen Städten und gegen die Erosion des Grundrechts auf Asyl 1993 verstärkt ins überregionale Bewusstsein. Seither hat sich die deutsche Gesellschaft grundlegend in ihrem Selbstverständnis geändert. Mittlerweile bestreiten nur noch wenige die Realität einer Migrationsgesellschaft und setzen sich zunehmend mit der Frage auseinander, wie in einem sich pluralisierenden Gemeinwesen Anerkennung und Teilhabe ausgehandelt werden können. Die Migrationsforscherin Naika Foroutan bezeichnet die deutsche Gesellschaft als »postmigrantisch« und meint damit eine Gesellschaft, die längst schon durch Migration geprägt ist, in der es permanent zu migrationsbezogenen Aushandlungskonflikten kommt, in der jedoch die zentrale Spaltungslinie entlang grundlegenderer Fragen verläuft. Es geht um die Aushandlung gesellschaftlicher Teilhabe, die auch unabhängig von Migration große Teile der Gesellschaft betrifft, und damit im Kern um die Haltung zu pluralen, komplexen Demokratien. Migration steht als »Chiffre für Pluralität«.[4] Im Aufruf zu *#unteilbar* 2018 wurde zur Verteidigung einer solidarischen Gesellschaft aufgerufen, in der »Sozialstaat, Flucht und Migration nicht gegeneinander ausgespielt werden«.[5] *#ausgehetzt*

1 Institut für Demoskopie Allensbach (2018): Engagement in der Flüchtlingshilfe. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
2 www.zeit.de/politik/deutschland/2018-10/unteilbar-demonstration-berlin-gegen-rechts
3 www.sueddeutsche.de/politik/dresden-unteilbar-demonstration-sachsen-1.4574786
4 Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: Transcript.
5 www.unteilbar.org/uber-unteilbar/positionen/aufruf-13-10-2018/

ASF UND #UNTEILBAR

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat das *#unteilbar*-Bündnis mitgegründet und zu den Demonstrationen am 13. Oktober 2018 in Berlin und am 24. August 2019 in Dresden mit aufgerufen, um deutliche Zeichen für eine vielfältige, demokratische und solidarische Gesellschaft zu setzen. ASF-Geschäftsführerin Jutta Weduwen hat bei der Berliner Demonstration bei der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor die Auftaktrede gehalten. Darin erinnert sie an die Novemberpogrome von 1938 und findet deutliche Worte gegen rechtspopulistische Hetze, die sich gegen Geflüchtete und Migrant*innen richtet. Sie fordert ein solidarisches Miteinander über Grenzen hinweg.

rief dazu auf, eine »Hierarchisierung sozialer Probleme« abzulehnen.[6] Mobilisiert wurde entlang einer großen Bandbreite an gesellschaftlichen Kernfragen, die neben Migration auch Geschlechterungerechtigkeit, soziale Ungleichheit, den menschengemachten Klimawandel und Rechtsextremismus mit einschlossen. Um diese thematisch ausgesprochen weit gefächerten Forderungen haben sich Hunderte sehr unterschiedliche Organisationen und Zehntausende Individuen versammelt. Die Großdemonstrationen von *#unteilbar* und Co. deuten an, dass sich die postmigrantische Gesellschaft in Deutschland zunehmend auch in postmigrantische soziale Bewegungen übersetzt.

DER KITT PLURALER BEWEGUNG

Derart divers zusammengesetzte Mobilisierungen sind keinesfalls selbstverständlich und sehr voraussetzungsreich. Um Protest längerfristig aufrechtzuerhalten, bedürfen soziale Bewegungen einer kollektiven Identität nach innen und überzeugender Kommunikation (»Frames«) nach außen, um potenzielle Mitstreiter*innen zu gewinnen. Nicht zuletzt darum haben sich viele große und einflussreiche soziale Bewegungen um relativ klar abgrenzbare Themen, konkrete Forderungen und oftmals auch um bereits gut vernetzte Organisationen formiert. *#unteilbar* und Co. versammeln dagegen auf den ersten Blick Akteur*innen, die weder bezüglich ihrer ideologischen noch inhaltlichen Ausrichtungen offensichtliche Schnittmengen aufweisen. Was verbindet Greenpeace, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die IG Metall, ProAsyl, den Lesben- und Schwulenverband in Dresden, den Zentralrat der Muslime, die Antifa, Jugendliche ohne Grenzen und streikende Angestellte von Ryanair miteinander? Organisationen mit und ohne expliziten Bezug zum phasenweise alles bestimmenden Thema Migration sehen sich verbunden, da der Kernkonflikt, der die deutsche Gesellschaft momentan polarisiert, nur vordergründig entlang der Haltung zu Zuwanderung verläuft. Aus einem klaren Bekenntnis zur pluralen Demokratie geht der Anspruch hervor, dass Anerkennung und Teilhabe für alle gelten und sukzessive realisiert werden müssen. Marginalisierung – ob auf Basis von (sozialer oder geografischer) Herkunft, Religion oder sexueller Identität stellt aus dieser Perspektive eine fundamentale Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar.

Die Vielfalt und das Zusammenspiel unterschiedlicher Ausschlussmechanismen zeigen zugleich, dass gesellschaftliche Problemlagen miteinander verschränkt sind. *#unteilbar* und Co. versuchen bewusst, diese Zusammenhänge deutlich zu machen. Indem sie beispielsweise unterstreichen, dass der Klimawandel eine bedeutende Fluchtursache ist, dass durch Wohnungsnot die Teilhabe aller gefährdet ist und dass Arbeiterpolitik im Einwanderungsland Deutschland immer auch Migrationspolitik bedeutet, werden die unterschiedlichen Bündnispartner*innen gesammelt angesprochen. Die Bereitschaft zur Vision einer solidarischen Gesellschaft als Gegenmodell zum exklusiv-nationalistischen Angebot der erstarkenden Rechten hält momentan als Kitt jene Teile einer heterogenen Zivilgesellschaft zusammen, die dem rechten Narrativ der Homogenität etwas entgegensetzen wollen. Ob es gelingen wird, das Aushandeln von Positionen, Widersprüchen und unvermeidlichen Konflikten konstruktiv zu gestalten, wird über die Lebensdauer und Strahlkraft eines solchen postmigrantischen zivilgesellschaftlichen Projekts entscheiden. Dieses versteht die Politisierung entlang der Migrationsfrage als Einladung, über diese hinauszugehen, also postmigrantisch zu denken. Dann steht im Zentrum eine klare Haltung zur pluralen Demokratie; dann bedeutet die Forderung der gleichberechtigten Teilhabe von Migrant*innen gleichermaßen die Teilhabe aller marginalisierten Gruppen; und schließlich bedeutet dann *#unteilbar* nicht nur die Unteilbarkeit einer längst durch Migration geprägten Gesellschaft, sondern die Unteilbarkeit sozialer Kämpfe und globaler Herausforderungen.

Katarina Stjepandić ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Sie forscht zu postmigrantischen Allianzen, Solidarität und kollektiver Identität in pluralen Gesellschaften.

Dr. Elias Steinhilper ist Soziologe und Politikwissenschaftler. Er forscht am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) zu Protest und zivilgesellschaftlichem Engagement.

6 ausgehetzt.org/ueber-ausgehetzt/

Ein Bündnis, das Mut macht

Über 40.000 Menschen kamen unter dem Motto »Solidarität statt Ausgrenzung« zur zweiten *#unteilbar*-Demonstration nach Dresden. ASF hatte erneut zur Teilnahme aufgerufen. Die Leipziger Regionalgruppe war mit hohem Engagement an der Organisation beteiligt.

Die Sonne scheint, unzählige Menschen ziehen durch Dresden. Der Demonstrationszug überquert die Elbe und erstreckt sich über eine Länge, die zwei der Elbbrücken für Stunden füllt. Aus Lautsprechern liebevoll dekorierter Wagen ertönen Reden, andere spielen Musik. Im Hintergrund erhebt sich die malerische Silhouette der Altstadt: Semperoper, Hofkirche und die Kuppel der Frauenkirche vollenden einen Anblick, der im Gedächtnis bleibt.

Nach dem Erfolg der ersten *#unteilbar*-Demonstration vergangenen Herbst in Berlin mit 240.000 Teilnehmer*innen organisierte das Bündnis eine weitere, die im August in Dresden stattfand. Die im vorliegenden Heft abgedruckten Fotos erlauben einen Einblick ins Demogeschehen, der Aufruf kann in der *zeichen*-Ausgabe 1/2019 nachgelesen werden. Der folgende Text beleuchtet die Bündnisarbeit und geht der Frage nach, wieso *#unteilbar* erneut einen derartigen Zulauf erfahren hat.

Auf den ersten Blick fällt das breite Spektrum der Unterstützer*innen ins Auge: von Gewerkschaften über (post-)migrantische Organisationen bis hin zur Kirche. Diese Zusammensetzung weist drei Besonderheiten auf. Erstens ist sie Ausdruck der namensgebenden Grundidee: *#unteilbar.* Das Bündnis versucht, unterschiedliche gesellschaftliche und soziale Konfliktpotenziale zusammenzudenken und dabei auftretende Schwierigkeiten nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. Im Laufe des Entstehungsprozesses des Bündnisses kamen auf diese Weise Organisationen aus den unterschiedlichsten Themengebieten miteinander ins Gespräch und formulierten eine gemeinsame positive Vorstellung von gesellschaftlichem Zusammenleben. Der Aushandlungsprozess verlief dabei nicht immer konfliktfrei. Nichtsdestotrotz gelang es, eine belastungsfähige Basis zu erstreiten, die einerseits eine handfeste Kritik an politischen und gesellschaftlichen Zuständen formulierte und andererseits das Bündnis handlungs- und sprechfähig werden ließ.

Durch die Breite des Bündnisses entfaltete sich zweitens ein enormes Mobilisierungspotenzial. Organisationen mit inhaltlichen Schnittmengen fanden sich in thematischen Blöcken zusammen, in denen sie gemeinsam an der Demo teilnahmen, so zum Beispiel in Themenabschnitten zu Klima, Feminismus, Pflege oder Antirassismus. Bundesweite Akteur*innen füllten Sonderzüge oder reisten in Bussen aus ganz Deutschland an.

Drittens verfolgt die breite Vernetzung das Ziel, sich vor rechtspopulistischen Angriffen zu schützen und über Unterstützungsmöglichkeiten auszutauschen. Rechtspopulistische Akteur*innen versuchen zunehmend, historisch-politische Bildungsarbeit zu erschweren. In Sachsen-Anhalt beispielsweise bemüht sich die AfD-Landtagsfraktion, die Arbeit des Vereins *Miteinander e. V.* aus Magdeburg – der demokratiepädagogische Workshops anbietet und über die rechtsextreme Szene aufklärt – systematisch zu behindern. Das Vorgehen dabei: Eine vermeintliche Unterwanderung durch sogenannte Linksextremisten wird unterstellt. Die AfD richtete 2017 unter Mithilfe der CDU eine Enquetekommission »Linksextremismus« ein und versucht derzeit, einen gleichnamigen Untersuchungsausschuss ins Leben zu rufen. Dabei wird das Ziel verfolgt, das zivilgesellschaftliche Engagement von *Miteinander e. V.* als »linksextremistisch« zu diskreditieren und öffentliche Fördermittel zu streichen. Vor diesem Hintergrund möchte *#unteilbar* einen konkreten Weg gegen Vereinzelung aufzeigen und bei Angriffen stärkend zusammenstehen.

Großes Medieninteresse: Jutta Weduwen, ASF-Geschäftsführerin, gibt in Dresden ein Interview

Eine weitere Besonderheit stellt die Arbeitsweise des Bündnisses dar. Sie lässt sich als eine Mischung aus einem überregionalen Delegiertenprinzip und einer lokalen Graswurzelbewegung beschreiben. In Berlin, Dresden, Leipzig und Chemnitz fanden regelmäßige Bündnistreffen statt, die eine niedrigschwellige und basisdemokratische Mitarbeit ermöglichten. So ließ sich beobachten, dass sich nicht nur erfahrene Aktivist*innen und Hauptamtliche beteiligten, sondern dass *#unteilbar* vielen Einzelpersonen den Einstieg in die politische Arbeit ermöglichte und zu deren Politisierung beitrug. Dies erlaubte der Leipziger ASF-Regionalgruppe den Zugang zur Bündnisarbeit.

Abschließend lohnt ein Blick auf die Wahl des Demonstrationsortes und -zeitpunktes. Einerseits ist *#unteilbar* ein bundesweites Bündnis sowohl aufgrund der beteiligten Gruppen als auch der thematischen Ausrichtung. Andererseits entschied man sich im August bewusst gegen Berlin und für Dresden, die Landeshauptstadt Sachsens, in der eine Woche nach der Demonstration ein neuer Landtag gewählt werden sollte und Pegida, AfD und Co. einen Zulauf wie nirgends sonst erfahren. Diese Entscheidung darf nicht als belehrende Arroganz missverstanden werden, sondern folgte dem ausdrücklichen Vorschlag der sächsischen Bündnismitglieder. Es gilt, die gesellschaftliche Realität und die auf Jahrzehnte manifestierten Kräfteverhältnisse anzuerkennen, gleichzeitig aber die progressiven Kräfte in Ostdeutschland sichtbar zu machen und ihnen sowie den Betroffenen von rechter Hetze, Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Solidarität zuteilwerden zu lassen. Das Ergebnis dieser Strategie kann sich sehen lassen: Die Demo wurde zu einer der größten in der Geschichte Dresdens seit dem Ende der DDR. Viele Demoteilnehmer*innen reisten von außerhalb an, den Großteil aber bildeten die Dresdner*innen und Menschen aus der Region: ein bestärkendes Zeichen für alle Beteiligten.

#unteilbar geht weiter. Nach dem Anschlag auf eine Synagoge in Halle an Jom Kippur folgten über 10.000 Menschen in Berlin dem *#unteilbar*-Aufruf zu einer kurzfristig anberaumten Demo gegen Antisemitismus. Im Bündnis ist man sich einig: Man möchte langfristig miteinander im Gespräch bleiben. Es lohnt sich also auch für ASF, sich weiterhin mit *#unteilbar* auseinanderzusetzen und die eigenen Themen im Bündnis stark zu machen. Es ist gut, dass sich ASF in aktuelle gesellschaftliche Debatten einmischt, und spornt dazu an, die Vereinsarbeit mitzugestalten und lebendig zu halten.

Kai Flechtner war 2014/15 Freiwilliger von Aktion Sühnezeichen in Frankreich und arbeitete dort in der Gedenkstätte *Maison d'Izieu*. Derzeit studiert er Geschichte, französische Philologie und Erziehungswissenschaften in Leipzig und Paris.

Was habe ich in meiner Zeit bei ASF von Demokratie verstanden?

Bernd Rieche nahm als 17-jähriger Hallenser 1987 am Pilgerweg von Ravensbrück nach Sachsenhausen teil – ein (Demokratie-) Erlebnis, das Weichen für sein Leben stellte.

Mit 16 Jahren fuhr ich 1986 zum ersten Mal in ein Jugendsommerlager von Aktion Sühnezeichen und anschließend zu den jährlichen Jahrestreffen zwischen Weihnachten und Silvester in Ostberlin. Dort erlebte ich das Bemühen, eine Organisation durch freie Wahlen des Leitungskreises und offene Diskussionen und Abstimmungen demokratisch zu gestalten. 1987 wurden wir im Sühnezeichen-Jugendlager im KZ Sachsenhausen/Oranienburg vom Westfernsehen (»Kennzeichen D«) lange und umfangreich interviewt. Das war meine große Lernerfahrung in Bezug auf »freie Westmedien«. Wir hatten versucht, dem Fernsehteam unsere Hoffnung auf und unseren Beitrag zu einem gerechteren, demokratischeren und freien Ostdeutschland zu vermitteln. Gezeigt wurden wir dann jedoch als Jugendliche in Totalopposition, die die DDR bekämpfen wollten. Auf Einladung von ASF nahm ich auch am Olof-Palme-Friedensmarsch bzw. Pilgerweg 1987 von Ravensbrück nach Sachsenhausen teil, der gemeinsam mit der staatlichen Jugendorganisation FDJ durchgeführt wurde. Dies war das einzige Mal, dass das Symbol »Schwerter zu Pflugscharen« geduldet getragen werden konnte und die DDR-Machthaber ihnen nicht genehme Transparente nicht einfach verboten, sondern in langen Diskussionen versuchten, einen Konsens herzustellen – eine kurze Hoffnung auf gelebte Demokratie in der DDR. Für mich war der Marsch endgültiger Anlass, die – begrenzte legale – Möglichkeit zu nutzen, den Waffendienst zu verweigern und mich zu den Bausoldaten zu melden. Daraus ist wesentlich meine Motivation entstanden, in den 90er-Jahren den Friedenskreis Halle aufzubauen und auch heute hauptberuflich Friedensarbeit zu machen.

Bernd Rieche wurde 1970 in Halle an der Saale geboren. Nach dem Dienst als Bausoldat studierte er Musik- und Sprechwissenschaft in Halle. Er gründete und baute den Friedenskreis Halle e. V. mit auf und wechselte 2003 mit seiner Familie nach Bonn. Dort arbeitet er als Referent mit Schwerpunkt »Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensbildung« bei der *Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden* (AGDF).

Obrońmy demokrację! Wolność, Równość, Demokracja![1] Jette Helberg hat während ihres Freiwilligenjahres in Polen die Erfahrung gemacht, dass Demokratie sich auch selbst abschaffen kann.

Am 19. Juli 2017 wurde im polnischen Parlament die teilweise Reform der Justiz beschlossen, die unter anderem umfasste, dass der Justizminister die Befugnis hat, Richter*innen einzusetzen und zu entlassen, wie es ihm beliebt.

Am 20. Juli 2017 gingen über 50.000 Menschen auf die Straße. Ich auch. Der Vater meiner Freundin Kasia sagte zu mir, er würde demonstrieren, weil er wolle, dass seine Tochter nie solch undemokratische Verhältnisse wie im Staatssozialismus erlebe. Ein Meer von Kerzen stand am Ende der Demonstration vor dem Sejm, dem polnischen Parlamentsgebäude, und es sah aus, als wäre jemand gestorben. Tags darauf schrieb ich, das sei ja auch der Fall, die Demokratie sei tot.

Im Jahr 2019 wurden ein neues Europaparlament und ein neues polnisches Parlament gewählt. Beide Male gewann die PiS. Die Partei, die Abtreibung illegalisieren und endgültig kriminalisieren will, die die Justiz unter ihre Kontrolle brachte und so die Gewaltenteilung gefährdete und die zuletzt verkündete, Sexualkundeunterricht gehöre verboten und unter Strafe gestellt.

Hier zeigt sich das Spannungsfeld. Das Problem ist, dass die Demokratie an dieser Stelle Gefahr läuft, sich selbst ein Bein zu stellen. Die Partei, die die Demokratie sukzessive abschafft, ist hier gleichzeitig eine bereits mehrfach demokratisch legitimierte Partei.

Was ich also während meines Jahres in Polen über Demokratie gelernt habe? Ganz einfach: Demokratie ist nicht selbstverständlich und muss jederzeit aktiv geschützt werden.

1 Verteidigen wir die Demokratie! Freiheit, Gleichheit, Demokratie! (Kampfrufe der Demonstrant*innen vom 20. Juli 2017)

Jette Helberg war 2016/17 Freiwillige in Warschau. Sie studiert Geschichte in Leipzig und engagiert sich für die ASF-Regionalgruppe Leipzig sowie die Initiative *Aufbruch Ost*.

Tetiana Hutsalenko hat in ihrem Freiwilligenjahr in Polen die Einsicht gewonnen, dass Demokratie nur erfolgreich sein kann, wenn ein Staat die Grundbedürfnisse seiner Bürger sichert.

Ich habe das Gefühl, dass ein Jahr Freiwilligendienst für die meisten Menschen eine neue und aufregende Erfahrung ist, die sie dazu bringt, über verschiedene Begriffe nachzudenken. Sogar über solche, die vorher zu alltäglich, allgegenwärtig und offensichtlich erschienen, um sie überhaupt erst zu reflektieren. In einem anderen Land, umgeben von einer anderen Kultur, eröffnet sich viel Raum zum Vergleichen. Das führt zu Erkenntnissen und manchmal zu noch mehr Fragen. Demokratie war eines der Themen, die ich während unserer Seminare oft mit anderen Freiwilligen diskutierte oder einfach mit meinen Freunden beim Biertrinken in einer Bar besprach. Ich weiß nicht, wie viel Zeit wir damit verbracht haben, über Demokratie zu reden, aber das Textäquivalent davon wäre definitiv länger als 1.500 Zeichen. Das Thema ist so komplex, dass man stundenlang über alle Aspekte und Nuancen diskutieren kann und am Ende trotzdem nur drei Prozent besprochen hat.

Zu einer wichtigen Erkenntnis über Demokratie wurde für mich jedoch, dass sie als Konzept nur dann erfolgreich sein kann, wenn Menschen über alle notwendigen Rahmenbedingungen verfügen, um ihre demokratische Macht praktisch ausüben zu können. Damit meine ich nicht solche Dinge, wie jedem und jeder Einzelnen das Recht zu wählen zuzugestehen (was in der Theorie nicht immer und definitiv in der Praxis nicht immer der Fall ist). Um das Wahlrecht wirklich nutzen zu können, müssen die Grundbedürfnisse aller Bürger*innen, unabhängig vom Wahlergebnis, befriedigt sein. Wenn diese sehr grundlegenden Bedingungen nicht erfüllt sind, eröffnet sich Raum für Manipulationen. Denn eine Person, die um ihre Existenz kämpft, wird sich eher für eine sofortige bessere finanzielle Situation entscheiden, als an das globale oder langfristige Bild zu denken. Sofern ein Staat nicht für alle Grundbedürfnisse der Gesellschaft sorgt, kann er sich nicht als demokratisch bezeichnen, egal wie gleichberechtigt und frei seine Bürger*innen per Gesetz sind.

Tetiana Hutsalenko ist ehemalige ASF-Freiwillige bei *Brama Grodzka – Teatr* NN, einer kulturellen Organisation, die die jüdische Geschichte Lublins und seiner Umgebung erforscht und durch Bildungsarbeit popularisiert. Sie lebt und arbeitet heute in Kyiv, Hauptstadt der Ukraine.

Jakob Stürmann wurde der Wert einer liberalen Demokratie im Zusammenhang mit seinem Freiwilligendienst in der Ukraine deutlich – und er fragt sich, welche Unterstützung dort erforderlich ist, wo sie noch mangelhaft entwickelt ist oder unter Druck steht.

Die kürzlich verstorbene Philosophin und Soziologin Ágnes Heller setzte sich für die liberale Demokratie und gegen den stärker werdenden ethnischen Nationalismus ein. Als Holocaust-Überlebende, ungarische Dissidentin und scharfe Kritikerin der Regierung Orbán erlebte sie in ihrem Leben drei unterschiedliche Systeme und Regierungsformen, die sie ablehnte.

Ich denke, dass sich bei unserem wichtigen Einsatz für Demokratie und Toleranz in Deutschland auch ein Blick nach Ost-(mittel)europa lohnt. Personen wie Heller streiten bewusst für eine liberale Demokratie. Sie fordern gleiche politische Rechte und Chancen, den Schutz von Minderheiten, Gewaltenteilung und unabhängige Forschung und Presse.

Ungarn, Polen und Russland sind Länder, in denen Parteien oder Personen regieren, die absolute, relative oder qualifizierte Mehrheiten als Freifahrtschein für jegliche Durchsetzung ihrer Programmatik missverstehen (wollen) und dabei liberale demokratische Strukturen missachten. Minderheiten spüren das Fehlen solcher Strukturen meist sehr schnell, die Bevölkerungsmehrheit oft erst, wenn sie diese politischen Vertreter*innen loswerden will. Letzteres wurde mir 2004 und 2014 in »meinem Freiwilligenland« – der Ukraine – deutlich vor Augen geführt.

Was fehlende liberale Demokratie auf individueller Ebene bedeuten kann, lehrten mich Erfahrungen während meines Freiwilligendienstes. Unser soziales Projekt hatte mit Gerichtsverfahren zu kämpfen. Dabei sahen wir uns falschen Anschuldigungen und einer Rechtsprechung gegenüber, die auf Bestechung und Willkür zu basieren schien. Für mich eine neue, für meine Kolleg*innen offenbar eine Alltagserfahrung.

Der Blick ins östliche Europa sollte nicht zu Überheblichkeit führen. Als zivilgesellschaftliche Akteur*innen sollten wir stattdessen überlegen, welche Unterstützung dortige Strukturen, die für liberale demokratische Werte einstehen, benötigen. Ferner müssen wir uns fragen, inwieweit ähnliche Entwicklungen im heutigen Deutschland möglich sind. Vor einiger Zeit merkte Ágnes Heller dazu an, dass sie mehr Vertrauen in die USA habe, wo die Demokratie aus der Mitte der Gesellschaft entstanden sei. In Europa sei dagegen Frankreich das einzige Land, das in der Geschichte immer für eine liberale Demokratie gestimmt habe.

Jakob Stürmann promoviert am Lehrstuhl für Geschichte am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Er ist Beisitzer im ASF-Vorstand und war von 2004 bis 2006 ASF-Freiwilliger im Projekt *Naš dom* [Unser Haus] in Simferopol (Ukraine).

Kirchenasyl – eine Praxis im Herzen der Demokratie

Christliche Gemeinden gewähren Kirchenasyl und nehmen für sich in Anspruch, damit Demokratie und Rechtsstaat einen Dienst zu erweisen. Wie lässt sich das begründen?

Kirchenasyl als eine Form von zivilem Ungehorsam kann sich auf Überlegungen von Jürgen Habermas berufen. Der Philosoph macht deutlich, dass es geradezu ein Kennzeichen eines demokratischen Rechtsstaates sei, dass er keinen blinden Rechtsgehorsam voraussetzen kann. Stattdessen bedürfe es der Einsicht der Bürger*innen in die Legitimität von Gesetzen.

Habermas versteht den demokratischen Rechtsstaat dabei als Prozess, der auf Korrektur und Weiterentwicklung angewiesen ist.

Insofern sind Protest und Ungehorsam gegenüber einzelnen Gesetzen und Normen für Habermas ein »Normalfall, der immer wieder eintreten wird, weil die Verwirklichung anspruchsvoller Verfassungsgrundsätze mit universalistischem Gehalt ein langfristiger, historisch keineswegs gradlinig verlaufender, vielmehr von Irrtümern, Widerständen und Niederlagen gekennzeichneter Prozeß ist«.[1]

Ein Widerspruch zwischen Legalität und Legitimität ist für den demokratischen Rechtsstaat daher konstitutiv. Dieser Widerspruch »findet seine Auflösung in einer politischen Kultur, die die Bürgerinnen und Bürger mit der Sensibilität, mit dem Maß an Urteilskraft und Risikobereitschaft ausstattet, welches in Übergangs- und Ausnahmesituationen nötig ist, um legale Verletzungen der Legitimität zu erkennen und um notfalls aus moralischer Einsicht auch ungesetzlich zu handeln«.[2]

Für Habermas »gehört ziviler Ungehorsam zu dem unverzichtbaren Bestand einer reifen politischen Kultur«.[3] Altbischof Wolfgang Huber hat Kirchenasyl daher stets als »Dienst am Rechtsstaat« bezeichnet. Diese Argumentation ist schlüssig und bietet eine wichtige, starke Legitimation des Kirchenasyls. Denn sie entkräftet den Vorwurf, mit der Gewährung von Kirchenasyl würden sich Gemeinden außerhalb des Rechtsstaates stellen.

KIRCHENASYL IST ZUVORDERST EIN BEZIEHUNGSGESCHEHEN

Das Problem an dieser Argumentation ist für mich, dass sie nicht den Kern dessen trifft, warum ich mich im Kirchenasyl engagiere. So wie auch viele andere engagiere ich mich im Kirchenasyl nicht ausgehend von rechtsphilosophischen Überlegungen, sondern wegen der konkreten Person, die anklopft und Kirchenasyl begehrt.

Kirchenasyl ist zuerst und zuvorderst ein Beziehungsgeschehen zwischen einer konkreten Person und einer konkreten von Menschen verfassten Gemeinde.

Kirchenasyl ist eine gemeinsame Praxis von Geflüchteten und Gemeinden zur Wahrung und Verteidigung von Menschenrechten. Die geflüchtete Person und die Gemeinde entwickeln gemeinsam eine Strategie, um eine Abschiebung zu verhindern und einen legalen Aufenthalt zu sichern.

Das Interesse an der Verteidigung von Menschenrechten hat das Kirchenasyl mit dem Anspruch des Rechtsstaates gemein, sofern der Rechtsstaat die Aufgabe hat, die Menschenrechte aller gegenüber staatlichem Handeln zu verteidigen. Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren, leisten einen Dienst an der oder dem Nächsten und auf diesem Weg leisten sie auch einen Dienst am Rechtsstaat.

Lassen sich Kirchenasyl und Demokratie in ein anderes Verhältnis setzen als das, was Habermas mit der Denkfigur vom demokratischen Rechtsstaat und seinen Grenzen vorgegeben hat?

Ich verstehe Kirchenasyl als eine Praxis der Demokratie. Eine grundlegende Voraussetzung von Demokratie ist die Möglichkeit zu und die Ausübung von Partizipation. Faktisch funktioniert Demokratie aber durch die Beteiligung der einen und den Ausschluss der anderen. Diese Ausschlüsse funktionieren auf rechtlicher Ebene (Wahlrecht, Versammlungsrecht,

1 Habermas, Jürgen: Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik, in: Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat, hg. v. Peter Glotz, Frankfurt 1983, 29–53, Seite 39.

2 Ebd.

3 A. a. O., Seite 43.

Immer wieder hat es in Deutschland Debatten über die Rechtmäßigkeit von Kirchenasyl gegeben – immer zu Zeiten, in denen viele Asylsuchende ins Land drängten, während der Staat eine rigide Abschiebepraxis übte. Dieses Foto entstand in der ev. Stadtkirche St. Michael in Jena (Thüringen), wo im Sommer 1994 insgesamt 20 von Abschiebung bedrohte armenische Bürgerkriegsflüchtlinge – fünf Familien mit acht Kindern – Zuflucht gefunden hatten.

Ausländerrecht etc.) und auf sozialer Ebene (materielle und kulturelle Ressourcen zur Beteiligung und politischen Einflussnahme sind ungleich verteilt).

Wir erleben in den letzten Jahren im Ausländerrecht einen hyperaktiven Gesetzgeber: Im Stakkato erfolgen Verschärfungen des Asylrechts. Geflüchtete sind dabei die Objekte dieser Gesetzgebung, werden aber, obwohl sie die primär Betroffenen der Gesetze sind, nicht gehört. Dem entsprechen dann auch die Erfahrungen der meisten Geflüchteten, die in Deutschland ankommen: Sie bekommen im Rahmen des Dublin-Verfahrens nicht die Möglichkeit, ihre eigentlichen Fluchtgründe, ihre Geschichte zu erzählen, sondern werden nur über ihren Fluchtweg befragt, um sie möglichst schnell wieder in ein anderes europäisches Land abschieben zu können. In diesem Kontext sichert Kirchenasyl durch seinen faktischen Schutz vor Abschiebung die demokratische Partizipation derer ab, die sonst kein Gehör finden – wenn sie nicht als handelnde Subjekte, sondern nur als Objekte staatlichen Handelns und gesellschaftlicher Diskurse in den Blick kommen.

Im Zusammenspiel von sich selbst artikulierenden Geflüchteten und Gemeinden, die sich nicht paternalistisch als Retter*innen, sondern als Partner*innen verstehen, kann im Kirchenasyl ein neues kollektives politisches Subjekt entstehen.

In der evangelischen Kirche zum Heiligen Kreuz in Berlin-Kreuzberg fand 1983 das erste Kirchenasyl statt. Es wurde ein Anstoß zu einer bundesweiten Kirchenasylbewegung. Seit 1997 engagieren sich internationale Freiwillige der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bei *Asyl in der Kirche* und lernen durch ihre Mitarbeit Lebensgeschichten geflüchteter Menschen und politische und rechtliche Hürden und Herausforderungen für Geflüchtete in Europa kennen. Seit September 2019 leistet Mariia aus Russland einen Friedensdienst bei *Asyl in der Kirche*. (thh)

KIRCHENASYL IST DEMOKRATISCHE PRAXIS

Das bedeutet im Blick auf den Alltag des Kirchenasyls, dass dieser als konfliktiv gedacht werden muss. Kirchenasyl steht nicht nur im (produktiven) Konflikt mit staatlichem Handeln, sondern bedeutet auch einen hoffentlich heilenden Konflikt derer, die innerhalb des Kirchenasyls handeln.

Ich schlage daher vor, Kirchenasyl in dem Sinne als demokratische Praxis zu verstehen, dass in der konkreten Kirchenasylpraxis einer Gemeinde ein neues »Wir« geknüpft werden kann: Grenzen von Staatsbürgerschaft, »race«, Kultur und Herkunft können im gemeinsamen Handeln vielleicht nicht überwunden, aber doch infrage gestellt werden. Dieses neue »Wir« wird dabei immer anfänglichen, fragilen Charakter haben, da es nicht unabhängig von gesellschaftlichen Strukturen gedacht werden kann. Dieses neue »Wir« ist immer konflikthaft und im Aushandlungsprozess begriffen. Gerade das macht Kirchenasyl zu einer Praxis im Herzen der Demokratie. Kirchenasyl demokratisiert als gelebte Demokratie den Rechtsstaat – von innen heraus.

Lukas Pellio ist Vikar in der evangelischen Versöhnungsgemeinde an der Bernauer Straße in Berlin. Er ist Teil des Befreiungstheologischen Netzwerks und außerdem Vorstandsmitglied bei *Asyl in der Kirche* Berlin-Brandenburg und der Bundesarbeitsgemeinschaft *Asyl in der Kirche*. 2005 war er ein Jahr zu einem sozialen Friedensdienst in Bolivien – allerdings nicht mit ASF, sondern mit dem Bistum Trier.

»Aus der Komfortzone heraus und streiten«

Der Journalist und Buchautor Arnd Henze legt im Gespräch mit Thomas Arzner dar, welche Möglichkeiten Kirche hat, sich für die Demokratie einzusetzen.

Thomas Arzner: Herr Henze, Ihr Buch trägt den Titel »Kann Kirche Demokratie?«. Einmal umgekehrt gefragt: Warum muss Kirche Demokratie können?

Arnd Henze: Wir haben gesehen, wohin es führt, wenn sich die Kirche der Demokratie verweigert. Bis 1933 stand die Mehrheit der Protestantinnen und Protestanten auf der deutschnationalen, demokratiefeindlichen Seite und hat damit auch den Nationalsozialismus möglich gemacht. Die Unfähigkeit, die Chancen der Demokratie zu erkennen und den Wertekanon des Grundgesetzes mit starkzumachen, blieb aber auch nach 1945 auffallend. Es hat bis in die 60er-Jahre hinein gedauert, bis der Protestantismus wirklich seinen Frieden mit einer Staatsform gemacht hat, die nicht auf der »Obrigkeit«, nicht auf dem Autoritären, dem Nationalen und dem Völkischen basierte. Es gab dann eine wirklich beeindruckende Lernkurve.

Aber heute haben sich viele in der Komfortzone der Demokratie eingerichtet. Dabei steht die Demokratie global unter Druck und befindet sich in einem existenziellen Stresstest. Wir müssen zeigen, dass wir nicht nur gute Demokratinnen und Demokraten geworden und in der Demokratie angekommen sind, sondern dass wir dafür auch streiten können – weil sie dem christlichen Menschenbild am ehesten entspricht.

Sie haben geschrieben, dass nach dem Zweiten Weltkrieg führende evangelische Geistliche, wie der EKD-Ratsvorsitzende Otto Dibelius, die Demokratie abgelehnt haben. Gleichzeitig waren aber führende demokratische Politiker*innen dieser Zeit überzeugte Christinnen und Christen. Wie lässt sich diese Diskrepanz erklären?

Als das Grundgesetz geschaffen wurde, haben sowohl die katholische wie auch die evangelische Kirche vor allem ihre Besitzstände aus der Zeit von vor 1933 verteidigt. Aber den freiheitlichen Gedanken des Grundgesetzes, dass der Staat für die Bürger*innen da ist, dass der Rechtsstaat jede und jeden Einzelnen auch vor möglicher Übergriffigkeit des Staates schützt, das war gerade im Protestantismus ein ganz fremder Gedanke. Diejenigen, die wir – wie etwa Gustav Heinemann – heute als die ganz großen Gestalten im Zusammenhang von Protestantismus und Demokratie sehen, gehörten damals zu einer Minderheit in der Kirche. Es ist ja kein Zufall, dass Heinemann als Präses der EKD-Synode in den 50er-Jahren abgewählt wurde.

Darf sich die Kirche mit ihrer Geschichte, in der sie Demokratie und Freiheit abgelehnt hat, heute denn in die aktuellen politischen Debatten, wie die Flüchtlingspolitik, überhaupt einmischen?

Zu der Lernkurve, die die evangelische Kirche sich in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren erarbeitet hat, gehörte ja auch die Hinwendung zu den sozialen und politischen Debatten dieser Jahre. Da haben wir unseren Platz in einer sich verändernden Zivilgesellschaft gefunden. Und da gehören wir in einer Demokratie hin. Wir müssen heute wieder, gerade wenn wir die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg sehen, streitbar werden – und dabei verstehen, wie die Angriffe auf die Demokratie laufen und wo die Kirche ihre eigenen Anfälligkeiten für autoritäres, nationalistisches und ausgrenzendes Denken hat. Es ist ja kein Zufall, dass die Wahlergebnisse unter den Kirchenmitgliedern fast identisch mit denen der Gesamtbevölkerung sind. Das bedeutet: In Teilen von Sachsen hat ein Drittel der Kirchenmitglieder die AfD gewählt. Wenn wir uns jetzt über die Gründe für den Rücktritt des sächsischen Landesbischofs streiten, überlagert dies das viel größere Problem: Mitten in unserer Kirche entwickelt sich wie in anderen Ländern auch eine religiöse Rechte, die nach extrem rechts bewusst offen bleibt.

Sie gehen davon aus, dass Mitglieder von Kirchengemeinden im Durchschnitt in höherem Maße antisemitisch und demokratiefeindlich sind als die Gesamtgesellschaft in Deutschland. Wo sehen Sie einen möglichen Grund dafür?

Einmal ist es dieses toxische Erbe, dass der Protestantismus viel zu lange in Verbindung mit dem Autoritären gebracht wurde. Das andere ist, dass gerade der Protestantismus die Tendenz hat, Deutschsein und Christsein zusammenzudenken. Viele Gemeinden sind kein Spiegelbild unserer vielfältigen und pluralen Gesellschaft. Die Herausforderung besteht darin, in dieser sich verändernden Gesellschaft unseren Platz zu finden, indem wir zu einem Lernraum für diese Veränderungen werden. Wenn wir das nicht tun, werden die Gemeinden zum Rückzugsraum, wo man ein Gesellschaftsbild des vorigen Jahrhunderts pflegt. Dieser Raum wäre dann vor allem für Menschen attraktiv, die noch mal richtig deutsch sein wollen, wo sie ihren Johann Sebastian Bach hören und ihre erprobten Veranstaltungen feiern können. Im Grunde wäre das ein Closed Shop gegenüber der Gesellschaft, wie sie sich heute entwickelt.

Wie reagieren denn die Kirchenleitungen, wenn Sie sie mit Ihren Thesen und Erkenntnissen konfrontieren?

Ich merke, es gibt einen gewissen Umschwung. Am Anfang haben mich doch einige verständnislos angeschaut, als ich vom »Stresstest« sprach. Nach den Wahlergebnissen in den ostdeutschen Bundesländern und der Affäre Rentzing sind aber viele erschrocken. Was natürlich auch Wirkung gezeigt hat, ist der infame Angriff der AfD, der die Bekennende Kirche für sich reklamiert und gegen den vermeintlich rot-grünen Zeitgeist der Kirchenleitungen in Stellung zu bringen versucht. Aber es wird noch viel zu wenig strategisch darüber diskutiert. Das Erschrecken ist da, aber die Debatte liegt noch vor uns.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) wurde als Organisation aus der evangelischen Kirche heraus gegründet. Sie wendet sich heute weiter gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Da Sie die Organisation gut kennen: Ihre Einschätzung?

Auch ASF ist in der 50er-Jahren als widerständige Kraft gegen den restaurativen Mainstream gegründet worden. Heute wird ASF als Stachel im Fleisch der Kirche gebraucht, was Selbstzufriedenheit in puncto Erinnerungskultur angeht. Ich merke, dass es in den Gemeinden und auch in Kirchenleitungen eine Grundhaltung gibt zu sagen: Na ja, wir haben doch unsere Geschichte aufgearbeitet, wir haben eine tolle Erinnerungskultur. Dass diese in Wirklichkeit sehr brüchig und lückenhaft ist, dass sie auch anfällig für die Angriffe von Rechts ist, das zeigt sich an vielen Beispielen, bei denen uns die toxische Vergangenheit einholt. Ganz konkret etwa im Streit über den Umgang mit den Hitler-Glocken. Wir müssen unsere Erinnerungskultur resilient machen gegen die Kräfte, die es mit der »180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur« bitterernst meinen. Da wird ASF mehr denn je gebraucht.

Arnd Henze ist Fernsehjournalist beim WDR. Er studierte evangelische und ökumenische Theologie in Göttingen, Heidelberg und Berkeley. Studien in internationaler Politik folgten. 1982 war er Freiwilliger von ASF. In diesem Jahr erschien sein Buch »Kann Kirche Demokratie? Wir Protestanten im Stresstest« (Verlag Herder, ISBN 9783451379796).

Thomas Arzner, Religionspädagoge, Journalist, Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Der Heilige Geist und die Schrecken der Gewalt

(Röm 8, 22–26)

Ich mache den Fernseher an. Ein kleines Dorf in Nordsyrien. Viele zerstörte Gebäude. Gleißendes Licht. Offenbar große Hitze. Eine kleine Gruppe von alten Frauen und kleinen Kindern kauert in einer schattigen Ecke. Viele schluchzen leise vor sich hin. Ein älterer Mann steht in einiger Distanz davor und erzählt dem deutschen Reporter: »Alle anderen aus dem Dorf sind tot. Sie hatten mit den Mördern verhandelt und alles gegeben, um am Leben zu bleiben. Allen Besitz. Aber von ihrem Glauben wollten sie nicht lassen.« Der IS habe alle Männer hingeschlachtet. Die jungen Frauen seien verschleppt worden, um den Milizionären »zu Diensten zu sein«. Der alte Mann weint und bringt kein Wort mehr heraus, nur ein Schluchzen.

Ich erinnere mich an einen Bibeltext:

»Alles Geschaffene seufzt und ängstigt sich schmerzlich«, schreibt Paulus im Brief an die Römer. Auch wir, die wir die Erstlingsgabe des Geistes haben, auch wir sind und bleiben Menschen, die seufzen und sich ängstigen. Wie alle anderen warten auch wir auf die Erlösung unseres Leibes. Und wenn es uns die Sprache verschlägt, wenn wir nicht einmal mehr wissen, was wir beten sollen, dann tritt der Geist für uns ein mit unaussprechlichem Seufzen.

Der Text verschiebt meine Perspektive. Er öffnet meine Augen für das Wehen des Heiligen Geistes. Der göttliche Geist ist im Schluchzen der alten Frauen und der kleinen Kinder in einem nordsyrischen Dorf zu vernehmen. Zerrissene Leiber, zerstörte Leben. Untröstliche Menschen. Aus dieser Wirklichkeit weht uns der Geist entgegen. Und als hätte Paulus den alten Mann vor Augen gehabt: »Der Geist tritt für uns ein in unaussprechlichem Seufzen.«

Kein Wort mehr – nur wortloses Seufzen. Kein Zungenreden. Der Heilige Geist – untröstlich stöhnend.

Kann das trösten?

Paulus scheint davon auszugehen. Die göttliche Treue zur Schöpfung zeigt sich besonders klar in dem untröstlich seufzenden Geist. Gott selbst verschlägt es die Sprache angesichts des Grauens. Kein Sinn, nur ein Abgrund. Ein gottverlassenes Dorf – aus dem der göttliche Geist weht. Das ist unser Trost, meint Paulus.

Wie kommt er darauf?

Er traut dem wortlos seufzenden Geist das ganz und gar Unwahrscheinliche zu. Aus ihm wird der Sturmwind des Lebens, der die toten Männer und Frauen auferweckt, der die verletzten Seelen und Leiber verwandelt und heilt. Diesen zum Sturmwind gewordenen Geist sieht Ezechiel durch das gottverlassene Dorf brausen. Es darf kein Vergessen geben. Der Staub der Geschichte wird aufgewirbelt und alles wird gerichtet. Auf das Leben hin gerichtet. Das Leben im Dorf, bei den Todesmilizen und bei uns Zuschauern.

Das lässt sich hier und heute nur trotzig sagen. Doch nur wer auch untröstlich ist, sollte es wagen, so zu reden, um nicht der Vertröstung schuldig zu werden. Gott mag den Willen und die Kraft haben, alles zum Guten zu wenden und heil zu machen. Aber die alten Frauen, die Kinder und der alte Mann, sie erleben das nicht.

Wie sollen wir dem alten Mann gerecht werden?

Wer vom Geist ergriffen wird, der uns aus diesem Dorf in Nordsyrien entgegenweht, wird zu einem untröstlich-trotzigen Menschen. Solchermaßen Geist-begabt mag es die einen zum Gebet treiben, die anderen zur Sorge für die Flüchtlinge dort und hier – wieder andere treibt es zur humanitären Hilfe oder zum militärischen Schutz für die Überlebenden.

Nichts davon wird zur Erlösung beitragen, aber es erscheint uns jetzt notwendig. Doch erst wenn der Geist den Staub der Geschichte aufwirbelt und alles auf das Leben hin richtet, wird sich zeigen, ob wir dem alten Mann und seinem Dorf gerecht geworden sind.

Bis dahin haben wir nur einen Trost – den Heiligen Geist, der untröstlich und trotzig die Geschichte offen hält und die Schöpfung nicht preisgibt.

Amen.

Gabriele Scherle, frühere Friedenspfarrerin und Pröpstin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Mitglied des Vorstandes der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Sie lebt in Frankfurt am Main.

Sommerlager: Das intensive Miteinander, das gemeinsame Tun, die gemeinsame Idee verbinden – ein Leben lang. In dieser fröhlichen Gruppe lächeln neun Personen, die in der 60er- und 70er-Jahren an DDR-Inlandssommerlagern und/oder an einem Sommerlager in Polen teilnahmen. Die Feier ihrer Goldenen Hochzeit, zusammen mit zwei 75. Geburtstagen, nutzten Hedi und Hans-Günter Beer mit allen Gästen, Spenden für ASF zu sammeln! Dafür ein großes Dankeschön!

Konkrete Solidarität: Sommerlager in Majdanek, 1964

Geteiltes Glück verdoppelt sich!

»Im Frühjahr 1962 gab es einen Vortrag von Präses Lothar Kreyssig in Nordhausen über Aktion Sühnezeichen (West 1958) und er lud zum ersten Sommerlager in Magdeburg ein«, beschreibt Hans-Günter Beer seinen ersten Kontakt zu ASF. Der Funke springt über, auch zu Geschwistern und Freund*innen. Es folgen weitere Sommerlager in Leipzig, Majdanek, Plauen, Teltow oder Stutthof, besonders bedeutsam ist die Teilnahme am ersten ökumenischen Sommerlager: Frauenbergkirche/Lager Dora. Spätere Ehe- und Lebenspartner*innen lernen sich bei den Friedenseinsätzen kennen. Mit Familiensommerlagern in den 70er-Jahren setzt sich das Engagement fort. Die gemeinsamen Erlebnisse und Begegnungen hinterlassen Spuren, bis heute, und begründen die tiefe Verbundenheit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF).

Prägende Erfahrungen demokratischen Umgangs miteinander
»Die Jahrestreffen, bis 1966/67 besucht, waren zudem prägende Erfahrungen demokratischen Umgangs miteinander außerhalb des herrschenden sozialistischen Alltags«, erinnert sich Hans-Günter Beer. »Und von Präses Kreyssig waren wir über die Jahre durch die Wochenbriefe und bis zum Schluss durch die Monatsbriefe in ASZ eingebunden.«

Viele in seiner Familie sind bis heute in verschiedenster Weise mit ASF verbunden. So liegt es nahe, aus Anlass des großen Familienfestes, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste solidarisch mit Spenden statt Geschenken zu unterstützen.

Patenschaften lassen wunderschöne Kontakte wachsen und verbinden nachhaltig
»In unserer Gemeinde gibt es seit einigen Jahren die Tradition, Freiwillige von ASF im Gottesdienst mit Segen – und natürlich Informationen über ihre Arbeit – auf die Reise zu schicken. Dabei wird dann auch für Patenschaften geworben und es ergeben sich sehr schöne Kontakte. Ich übernehme immer Patenschaften und freue mich über die Berichte, die dann irgendwann von irgendwoher kommen und mich mit ihren tollen Projekten verbinden. Vielen anderen geht es genauso. Daher die Idee, an meinem Geburtstag um großzügige Spenden für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu bitten. Meine Gäste fanden sie offenbar gut.« Mit diesen Worten und einem Lächeln beschreibt eine Berliner Spenderin strahlend ihr Engagement, ASF im Oktober ihre Geburtstagskollekte zu schenken. Herzlichen Glückwunsch und vielen lieben Dank!

Geteiltes Glück verdoppelt sich – arrangieren Sie Ihre ganz persönliche Spendenaktion
Sie kennen es alle: Im Grunde haben wir mehr als genug, die Stapel der ungelesenen Bücher wachsen und nette Überraschungen sind oft gut gemeint, aber … Vielleicht wünschen Sie sich zu Ihrem Geburtstag oder zum Jubiläum anstelle von Geschenken einen kleinen finanziellen Beitrag, lassen sich Spenden schenken und laden so andere ein, gemeinsam für einen guten Zweck zu handeln. Auf diese Weise erfahren noch mehr Menschen von dem überzeugenden Engagement von ASF und Ihrer Solidarität: Geteiltes Glück verdoppelt sich.

Mit sogenannten Anlass-Spenden haben Sie viele Möglichkeiten, die nachhaltige Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste konkret zu unterstützen, Ihrer Kreativität sind dabei (fast) keine Grenzen gesetzt. Wie wäre es beispielsweise mit einem Basar oder einem Flohmarkt bei Ihnen zu Hause, einem Wohnzimmerkonzert, einer Fahrradtour, bei der sich Freund*innen an jedem gefahrenen Kilometer beteiligen, oder einer Benefizlesung? Auch eine Versteigerung, eine Bilderauktion oder Tauschbörse mit Kaffee und Kuchen machen allen Beteiligten viel Freude.

Anlass-Spenden für besondere Anlässe
Egal, ob man die Aktion allein oder gemeinsam mit Freund*innen startet, ob sie mutig, lustig oder sozial ist, ASF ist über jede einzelne Aktion direkter Solidarität glücklich. Wir unterstützen Sie gern beim Vorbereiten und bei der Realisation und berichten mit Vergnügen anschließend über Ihr Engagement im *zeichen* und/oder auf unserer Internetseite.

Sanne Kaperlat, Diplom-Pädagogin und Fundraising-Managerin. Sie leitet seit Juni 2019 bei ASF das Referat Fundraising.

Eine Annäherung an Mitteleuropa

Jannik Oestmann hat sich ein Jahr lang in der Gedenkstätte Lidice in Tschechien in der historischen Bildungsarbeit engagiert. Er entdeckte Mitteleuropa neu für sich und stellt fest: Lidice ist in Deutschland ein von vielen Menschen vergessener Ort, an dessen Geschichte zu erinnern gilt.

Ich bin dankbar für dieses Jahr. Neben den vielen neuen Menschen und Orten, die ich kennenlernen durfte, konnte ich auch neue Aufgaben erfüllen, an denen ich wiederum auch gewachsen bin. Meine Angst, vor größeren Gruppen zu sprechen, war nach nur wenigen Führungen verschwunden. Bei Recherchen lernte ich vieles über die europäische Geschichte, bei Projekten durfte ich mich im Planen und Konzipieren probieren.

Vor allem aber nehme ich für mich die Geschichte von Lidice mit, von der ich weiß, dass auch sie nur eine von vielen ist. Von jetzt aus gesehen ist es für mich schwer nachzuvollziehen, warum die Verbrechen der deutschen Besatzung in Europa bei uns so wenig bekannt sind. Sind es einfach zu viele? Und warum dauerte es beispielsweise bis 2012, dass ein deutsches Staatsoberhaupt Lidice besuchte?

Wenn ich heute auf die Bewerbung zurückblicke, mit der bei mir vor mehr als eineinhalb Jahren alles bei ASF anfing, sind mir einige Dinge darin heute peinlich. Allen voran wäre da zunächst einmal der Satz »Dennoch kann ich mir einen Freiwilligendienst in Ländern wie Polen, Ukraine oder Tschechien nicht so recht vorstellen, da ich zu diesen Ländern keinen Bezug habe«. Nach einem Jahr in der Tschechischen Republik weiß ich, wie falsch diese Haltung war. Dieses Land ist vielfältig, wunderschön und manchmal auch auf eine sympathische Weise ein wenig skurril. Vor allem aber habe ich erst durch mein Jahr des Freiwilligendienstes gelernt, wie viele deutsche Verbrechen es gibt, von denen viele Menschen in Deutschland und auch ich selbst noch nie etwas gehört haben. Lidice ist dafür nur eines von vielen möglichen Beispielen. Bisher »keinen Bezug« zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas gehabt zu haben kann kein Grund sein, sich nicht mit den deutschen Verbrechen dort auseinanderzusetzen.

Ich möchte mich in jedem Fall auch über meinen Friedensdienst hinaus weiter mit der Geschichte und der Region Mitteleuropa beschäftigen. Ich nehme außerdem die Frage mit, inwieweit der historische Antislawismus in unsere Gegenwart hineinreicht und welche Wege es geben könnte, ihn zu bekämpfen. Ich werde einmal damit anfangen, indem ich Menschen, die Tschechien »Osteuropa« nennen, lautstark korrigiere. Irgendwo muss man ja anfangen.

Auf die Frage, wie mich mein Dienst bei ASF verändert hat, kann ich antworten, dass ich glaube, nach meinem Jahr in Tschechien geschichtsbewusster geworden zu sein. Im Roman »Winterbergs letzte Reise« von Jaroslav Rudiš sagt der alte Winterberg seinem Pfleger immer wieder, dieser schaue »historisch nicht richtig durch«, bis er es eben doch tut. Ich hoffe, ich habe zumindest damit angefangen, historisch durchzuschauen.

Jannik Oestmann
kommt aus Berlin und ist 19 Jahre alt. Zurzeit lebt er in Marburg an der Lahn und studiert dort Politikwissenschaften.

Jannik Oestmann wurde gefördert durch den IJFD (Internationaler Jugendfreiwilligendienst) und durch die Evangelische Kirche im Rheinland.

Lidice – eine Gedenkstätte erinnert an die deutschen Verbrechen gegen die Bevölkerung des Dorfes

Das Dorf Lidice befindet sich circa 20 Kilometer westlich von Prag. Als Vergeltungsaktion nach einem Attentat auf Reinhard Heydrich, stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, wurden am 10. Juni 1942 in Lidice und wenige Tage später in Prag die Männer des Dorfes erschossen. 199 Menschen starben. 195 Frauen des Dorfes wurden von ihren Kindern getrennt und in das KZ Ravensbrück deportiert, wo 52 von ihnen ermordet wurden. Sechs weitere – schwangere – Frauen wurden nach der Entbindung von ihren Neugeborenen getrennt und ebenfalls nach Ravensbrück deportiert. 82 Kinder des Dorfes wurden im Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno) in sogenannten S-Wagen erstickt. Nur 17 Kinder überlebten, die meisten von ihnen, weil sie zur »Germanisierung« aussortiert worden waren.

Lidice wurde komplett zerstört und nach dem Krieg in der Nähe neu erbaut. Auf dem Gelände des zerstörten Dorfes befindet sich heute eine Gedenkstätte. Seit 2012 entsendet Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Freiwillige in die Gedenkstätte Lidice.

Thomas Heldt, Referent für Freiwilligenarbeit bei Aktion Sühnezeichen

Routine und Überraschungsmomente

Dorothee Springer hat ihren einjährigen Freiwilligendienst in der Arche Moerkerke-Brugge in Belgien geleistet. Mit ihrem Bericht lässt sie teilhaben an der Routine und zugleich den unerwarteten Begegnungen bei ihrer Arbeit in einer Wohngemeinschaft mit Menschen mit Behinderungen.

Bei meiner Arbeit in der Arche hat sich im Laufe der Zeit eine gewisse Routine entwickelt. Diese genieße ich sehr, da sie einen hohen Grad an Sicherheit und Verlässlichkeit darstellt und sie mir ermöglicht, die Tage zu planen. Gleichzeitig ist diese Routine nicht starr und langweilig. Die Arbeit mit Menschen bringt immer wieder kleine und größere Überraschungsmomente mit sich, fordert spontane Reaktionen und lässt sich nur bis zu einem bestimmten Punkt planen. Und diese Gratwanderung hält für mich die Balance zwischen einer einengenden und einer befreienden Routine.

Von einer der regelmäßig wiederkehrenden Alltagssituationen möchte ich mehr erzählen: dem »huisavond«. Dieser findet jede Woche statt und für mich verbindet sich darin alles, was die Arche-Gemeinschaft ausmacht: das Zusammenleben, die Lebensfreude, das Einander-Zuhören, gemeinsame Lachen, Wütendsein und Weinen. Jeden Mittwochabend setzen wir uns nach dem Abendessen um den großen Tisch im Wohnzimmer. Zuerst wird der Terminkalender aufgeschlagen und wir besprechen die kommende Woche. Alle Ereignisse, Arzttermine, Ausflüge und Besuche werden auf einem großen Whiteboard festgehalten. Hier wird viel mit verschiedenen Farben, Symbolen und Fotos jedes Bewohners und jeder Bewohnerin, Kolleg*innen und Freund*innen der Arche gearbeitet. Zu Beginn darf jemand eine Kerze anzünden und jede*r, die/der mag, erzählt, für wen die Kerze brennen soll. Das ist mal der verstorbene Papa oder die Freundin, die verreist. Diese Abende, die jedes Mal mit einem selbst gemachten Dessert gekrönt werden, haben mir schon früh das Gefühl von Zuhause gegeben und der gemeinsame Austausch stellt für mich einen großen Mittelpunkt des Lebensgefühls hier dar.

Ein Kontrast, den ich zuvor nicht so erwartet hatte, ist für mich der zwischen meinem Arbeitsalltag und den Seminaren mit ASF. Die Seminare sind immer auf ganz andere Art intensiv und mit interessanten Themen gespickt. Wir setzen uns gründlich mit Politik und Geschichte auseinander. So haben wir zum Beispiel einen Tag zur EU und den Wahlen im Mai gemacht und Interviews geführt; zum Beispiel mit der belgisch-kongolesischen Aktivistin Georgine Dibua von der *Bakushinta-Vereinigung*, deren Ziel es ist, die kongolesische Kultur und ihren positiven Beitrag zur kongolesischen Community in Belgien bekannt zu machen. In meinem normalen Alltag bietet sich für mich selten die Gelegenheit, mich so intensiv mit solchen komplexen Themen auseinanderzusetzen.

Ich nehme durch meinen Friedensdienst und die Arbeit in der Arche vor allem viele persönliche Veränderungen mit. Ich habe in diesem Jahr so stark und deutlich wie zuvor noch nicht erlebt, dass ich mit meinen Macken und Kanten, mit meiner ganzen Persönlichkeit angenommen bin und mich in keiner Weise verstellen muss, um gut genug zu sein. Eine der größten Erfahrungen ist es, Emotionen auf eine gute Art zuzulassen und zu zeigen. Ich glaube, dass dies eine der wichtigsten Erfahrungen ist, die Menschen mit Behinderungen mitgeben können.

Dorothee Springer ist 19 Jahre alt und nach ihrem Freiwilligenjahr mit ASF in Belgien nach Oldenburg gezogen. Dort studiert sie jetzt Sonderpädagogik und Niederlandistik.

Dorothee Springer hat ihren Dienst als EFD (Europäischer Freiwilligendienst) im Europäischen Solidaritätskorps geleistet.

EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS

Eindrücke aus den ASF-Sommerlagern 2019

Im zurückliegenden Sommer haben sich etwa 250 Menschen zwischen 16 und 82 Jahren in ASF-Sommerlagern in 16 Ländern engagiert. Die Sommerlager werden auch als kurzfristige Freiwilligendienste bezeichnet. Sie gehen in ihrer Tradition auf die Arbeit von Aktion Sühnezeichen in der DDR zurück und sind heute neben den einjährigen Freiwilligendiensten eine wichtige Säule des internationalen Engagements von ASF.

Die ASF-Sommerlager verbinden internationale und generationenübergreifende Begegnungen mit praktischen Arbeitseinsätzen vor Ort. Die Arbeiten in den Sommerlagern kommen hauptsächlich Menschen zugute, die auf verschiedene Weise noch heute von den Schrecken der nationalsozialistischen Verfolgung und Vernichtung betroffen sind. So besuchte etwa eine Sommerlagergruppe Überlebende der Leningrader Hunger-Blockade in ihren Wohnungen im heutigen St. Petersburg. Die Teilnehmer*innen kamen mit den Überlebenden ins Gespräch und unterstützten sie bei Arbeiten im Haushalt. Eine andere Gruppe setzte sich auf Kreta mit den nationalsozialistischen Verbrechen in Griechenland auseinander. Die griechischen Opferdörfer, deren Bevölkerungen vernichtet wurden, haben bis heute keine Anerkennung oder Entschädigung erhalten.

Spuren der Vernichtung des europäischen Judentums finden sich auf allen jüdischen Friedhöfen in Europa. In Polen, Litauen, Ungarn, Tschechien und den Niederlanden restaurierten Freiwillige Grabsteine und setzten sich mit der Geschichte und Gegenwart des Judentums vor Ort auseinander.

Auch in Bukarest und im badischen Neckarzimmern beschäftigten sich die Teilnehmer*innen mit der Shoah und dem Gedenken an die jüdischen Opfer.

Eine Teamerin des deutsch-israelisch-polnischen Sommerlagers im polnischen Białystok berichtet von einer eindrücklichen Begegnung: »Mein persönliches Highlight des Sommerlagers geschah auf unserem Ausflug nach Tykocin. Hierzu hatten wir uns einen Bus gemietet. Als wir ankamen, stieg der Busfahrer – der keine Ahnung von dem Ort hatte, an dem wir gerade waren, und zuvor nie mit einer Gruppe wie unserer unterwegs gewesen war – mit aus und schloss sich unserer Tour an. Ich beobachtete, wie er beeindruckt und fasziniert die Synagoge betrat und sich voller Interesse die Audioguide-Tour anhörte. Als wir später nach Lupochowo zur Gedenkstätte fuhren, stieg er erneut mit aus und nahm an unserer eigenen kleinen Gedenkfeier teil, die wir dort abhielten. Später dankte er der israelischen Teilnehmerin, welche eine Rede vorbereitet hatte, und fühlte die tiefe Trauer, die uns an diesem Ort überkam, mit uns. Ich fand toll, dass wir durch unseren Ausflug einer Person, die sonst nie mit jenen ›ASF-Themen‹ in Berührung kommt, offensichtlich einen Zugang dazu verschafften.«

Die Sommerlagerteilnehmer*innen im norwegischen Kokelv renovierten die Kirche in dem Dorf, das im Zweiten Weltkrieg von den Nationalsozialisten zerstört worden war. Diese Kirche wurde vor fast 60 Jahren von ASF-Freiwilligen gebaut.

Weitere Sommerlager fanden in Gedenkstätten und an Gedenkorten statt. Die thematische Beschäftigung richtet sich nach den Gruppen, derer dort gedacht wird. So beschäftigte sich die Sommerlagergruppe im österreichischen Hartheim mit den Euthanasie-Morden, denen dort 30.000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Die Begegnung mit und Unterstützung von ehemaligen Zwangsarbeiter*innen fand in diesem Jahr an verschiedenen Orten statt: im belarussischen Minsk, in Oberschöneweide in Berlin sowie in der Gedenkstätte Augustaschacht in Osnabrück/Hasbergen. Vom Sommerlager in Osnabrück finden Sie nachfolgend einen eindrücklichen Bericht.

Die Sommerlager werden durch Spenden, Zuwendungen und kirchliche Zuschüsse finanziert. Wir danken insbesondere der Ev. Kirche von Westfalen und der Ev. Kirche im Rheinland für ihre kontinuierliche Förderung der Sommerlagerarbeit. Ein ganz besonderer Dank geht auch an die vielen Ehrenamtlichen, die jedes Jahr die Sommerlager bei ASF ermöglichen: Die Teilnehmer*innen setzen sich jeweils zwei Wochen vor Ort ein; zwei bis drei Teamer*innen bereiten jedes Sommerlager vor und leiten es dann und der ehrenamtliche Leitungskreis der Sommerlagerarbeit bringt sich neben den hauptamtlichen Mitarbeiter*innen in die Gestaltung, Planung, Begleitung und Organisation der Sommerlagerprogramme ein.

Jutta Weduwen studierte in Hamburg, Jerusalem und Berlin Soziologie. Sie kam 2001 zu ASF als Israel-Referentin, leitete dann den Arbeitsbereich »Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft« und ist seit 2012 Geschäftsführerin. Sie ist Mitglied im Sprecher*innenrat der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus.*

Als Gruppen zusammenwachsen, sich austauschen, zuhören, gemeinsam lernen und etwas (er)schaffen

Bericht vom Sommerlager in der Gedenkstätte Augustaschacht

»Es ist toll, dass wir auf diese Weise ein Fenster haben, durch das wir fast genau sehen können, wie die Dinge damals waren«, erzählt Lev, 17 Jahre, über seine Begegnung mit dem Zeitzeugen Mortko Jazovitskij, die er als russischer Muttersprachler für die anderen Teilnehmenden übersetzt hat. Die berührende Begegnung mit dem älteren Herrn, der mit uns seine Erinnerungen an Kindheit und Jugend in der Ukraine und seine Erfahrungen als Zwangsarbeiter und jüdischer Häftling im Konzentrationslager teilte, war nur einer von vielen spannenden, intensiven und lehrreichen Momenten im diesjährigen Sommerlager in Osnabrück/Hasbergen bei der Gedenkstätte Augustaschacht.

Als Gruppen zusammenwachsen, sich austauschen, zuhören, gemeinsam lernen und etwas (er)schaffen – im internationalen Sommerlager in Osnabrück ist das schon seit zehn Jahren Tradition. Das fing für uns in diesem Jahr ganz im Kleinen an: Als Gäste im Gemeindehaus der Christusgemeinde Hasbergen mussten wir uns selbst organisieren: kochen und einkaufen, aufräumen, mit dem Gemeindeauto zur Gedenkstätte fahren, Freizeitaktivitäten planen. Als Teamerinnen waren Eva-Maria und ich zwar für den groben Ablauf verantwortlich, doch lebt ein Sommerlager auch immer vom persönlichen Interesse und Engagement der Teilnehmenden: sei es durch eine kleine Einführung in lettischen Volkstanz, ein Videotagebuch oder aber die helfende Hand, wenn es um fünf Uhr morgens heißt: Heißes Wasser für die Dusche anstellen, bitte!

Wir haben in diesem Jahr mit unseren »Kindern«, wie wir die elf 16- bis 34-jährigen Teilnehmenden aus Deutschland, der Ukraine, Belarus, Lettland und Russland liebevoll nannten, eine sehr begeisterte und neugierige Gruppe geleitet, die sich, zum Teil auch aus familienbiografischen Gründen, besonders für unser Thema Zwangsarbeit interessiert hat. Mit der praktischen archäologischen Arbeit, die wir vor Ort leisteten, legten wir nicht nur den Zufahrtsweg des ehemaligen Arbeitserziehungslagers für Zwangsarbeiter*innen frei, sondern entschlüsselten auch für uns Fundstück für Fundstück die vielschichtige Geschichte der historischen Stätte. Die Gürtelschnalle der Wehrmacht aus dem Zweiten Weltkrieg, die Zigarettendrehmaschine oder die sieben Löwenkopf-Uniformknöpfe sprachen zu uns als Symbole der Inhaftierten und der Täter*innen im Kriegsgefangenenlager und im späteren Arbeitserziehungslager für Zwangsarbeiter*innen, die sich im Augustaschacht befunden haben.

Ein weiteres Fenster zum interkulturellen Dialog und historisch-politischen Lernen öffnete sich für unsere Gruppe durch den intensiven Austausch mit Vertreter*innen der jüdischen Gemeinde in Osnabrück. Neben einem Empfang in der Synagoge in Osnabrück brachte uns der Kantor Baruch Chauskin aus Lettland die jüdische Kultur über unseren Hörsinn näher und nahm uns ganz für sein Projekt »Drei Stufen« ein. Der Verein möchte die Spuren der Synagoge in Višķi in Südlettland, die letzten drei Stufen und das Fundament, sichtbar machen und an die verfolgte jüdische Gemeinde in dem kleinen Dorf erinnern. Unsere Gruppe hat daher ein Konzept für ein Sommerlager in Višķi und für die Gestaltung des Gedenkortes der Synagoge erarbeitet und unter großem Interesse der Osnabrücker*innen und Vertreter*innen der Samtgemeinde Višķi vorgestellt.

Die stummen Spuren der Vergangenheit, die für uns bei der Arbeit sichtbar wurden und mit denen wir unseren Zugang zur Geschichte von Zwangsarbeit finden konnten, genau wie die frischen Abdrücke, die unser Engagement im Sommer hinterlassen hat – für den Ort und für uns persönlich –, folgen dem Motto des Sommerlagers: »Graben verbindet!«

Katharina Gloe ist ehemalige ASF-Freiwillige in Polen der Generation 2013/14 und als studentische Mitarbeiterin bei ASF im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Das Sommerlager in Osnabrück hat sie gemeinsam mit Eva-Maria Walther geteamt.

Dialoge in Jerusalem

Zwei Studienreisen von ASF nach Israel

Gleich zwei Reisen nach Israel werden im kommenden Jahr von ASF organisiert: Unter dem Motto »Wenn ihr es wollt, ist es kein Märchen« geht es vom 19. bis 29. April 2020 in den Nahen Osten. Die Studienreise ist Teil der Veranstaltungsreihe »Dialoge in Jerusalem«. Der Titel geht zurück auf Theodor Herzl und sein Buch »Altneuland«. Die darin beschriebene Utopie von einem eigenen Staat sollte die »jüdische Frage« in Europa lösen und war ein Entwurf für eine gerechte Gesellschaft. Nicht einmal 50 Jahre später wurde der Staat Israel Realität. Während der Tage dort soll gefragt werden: Was ist aus den Hoffnungen der Gründungsjahre geworden? Welche Träume haben sich erfüllt? Welche Entwicklungen erlebten Staat und Gesellschaft in den 72 Jahren von 1948 bis heute? Was wird die Zukunft bringen? Die Reise umfasst Begegnungen, Exkursionen, Seminareinheiten und Vorträge.

Vor dem Hintergrund der bewegten Geschichte und Gegenwart der zionistischen Bewegung und des Staates Israel ermöglicht unsere Reise ein Kennenlernen der Vielfalt und Buntheit der israelischen Gesellschaft sowie eine Auseinandersetzung mit den Chancen von Verständigung und Frieden mit den palästinensisch-arabischen Nachbarn.

Im November 2020 heißt es dann »Heilige Schriften im Heiligen Land«. Der Tanach, das Neue Testament und der Koran sind nur ein Teil der heiligen Schriften, die das Leben im Heiligen Land bewegten und weiterhin beeinflussen. Im Rahmen dieser Studienreise vom 3. bis 14. November sollen diese und andere Schriften kennengelernt und diskutiert werden.

Beide Reisen richten sich an Einzelreisende, Paare oder Freundesgruppen, die ihre Anreise nach Israel eigenständig organisieren. Die Teilnahme am Programm kostet 570 Euro pro Person. Wer sich bis zum 15. Januar 2020 bzw. 30. Mai 2020 anmeldet, bekommt einen Frühbucherrabatt in Höhe von zehn Prozent. Flugkosten und Unterkunft sind nicht im Reisepreis inbegriffen.

Anmeldung und weitere
Informationen unter
beit-ben-yehuda.org/de/home-german
E-Mail: dialoge@beit-ben-yehuda.org

Heilige Schriften im Heiligen Land

3.–14. November 2020

Der Tanach, das Neue Testament und der Koran sind nur ein Teil der heiligen Schriften, die das Leben im Heiligen Land bewegten und weiterhin beeinflussen. Im Rahmen dieser Studienreise wollen wir diese und andere Schriften gemeinsam kennenlernen und diskutieren.

Die Studienreise nach Israel vom 3. bis 14. November 2020 ist Teil unserer Veranstaltungsreihe »Dialoge in Jerusalem« und richtet sich an Einzelreisende, Paare oder Freundesgruppen, die ihre Anreise nach Israel eigenständig organisieren.

»Wenn ihr es wollt, ist es kein Märchen«

19.–29. April 2020

Die Studienreise nach Israel vom 19. bis 29. April 2020 ist Teil unserer Veranstaltungsreihe »Dialoge in Jerusalem« und richtet sich an Einzelreisende, Paare oder Freundesgruppen, die ihre Anreise nach Israel eigenständig organisieren.

»Im tirzu ejn so agada« (Wenn ihr es wollt, ist es kein Märchen) schrieb Theodor Herzl 1902 in seinem Buch »Altneuland«. Die darin beschriebene Utopie von einem eigenen Staat sollte die »jüdische Frage« in Europa lösen und war ein Entwurf für eine gerechte Gesellschaft. Nicht einmal 50 Jahre später wurde der Staat Israel Realität. Was ist aus den Hoffnungen der Gründungsjahre geworden? Welche Träume haben sich erfüllt? Welche Entwicklungen erlebten Staat und Gesellschaft in den 72 Jahren von 1948 bis heute? Was wird die Zukunft bringen?

Die Reise umfasst Begegnungen, Exkursionen, Seminareinheiten und Vorträge.

Vor dem Hintergrund der bewegten Geschichte und Gegenwart der zionistischen Bewegung und des Staates Israel ermöglicht unsere Reise ein Kennenlernen der Vielfalt und Buntheit der israelischen Gesellschaft sowie eine Auseinandersetzung mit den Chancen von Verständigung und Frieden mit den palästinensisch-arabischen Nachbarn.

TERMINE

27. JANUAR 2020 | 18 UHR
Gottesdienst zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus
Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und das Institut Kirche und Judentum laden ein zum Gottesdienst am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am Montag, 27. Januar 2020, 18 Uhr, in der St.-Matthäus-Kirche auf dem Kulturforum (Matthäikirchplatz, 10785 Berlin).

10./11. MÄRZ 2020
Seminar »Umgang mit Rechtsextremismus«
Zielgruppe dieses Seminars, das von der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche + Rechtsextremismus* (BAG K+R) und der Führungsakademie für Kirche und Diakonie am 10./11. März 2020 in Berlin veranstaltet wird, sind Leitungskräfte aus Kirche und Diakonie. Unter anderem konnte der Journalist Toralf Staud (u. a. ZEIT) für einen Beitrag gewonnen werden. Weitere Infos und Anmeldung unter **www.bagkr.de**.

15./16. MAI 2020
ASF-Jahrestagung in Berlin
Die Vorbereitungen für die kommende Jahrestagung rund um das neue Jahresthema »On the Basis of Sex (and Gender)« sind bereits im vollen Gange: Die AG Jahrestagung sammelt Ideen, diskutiert und fragt Referent*innen an!
Wir freuen uns auf eine lebendige Veranstaltung mit vielen Teilnehmer*innen! Anmeldungen sind ab März 2020 auf der Website **www.asf-ev.de** möglich.

17. MAI 2020
ASF-Mitgliederversammlung
Im Anschluss an die Jahrestagung findet in Berlin die Mitgliederversammlung statt.

7. JUNI 2020
ASF-Jahresempfang in Erfurt

Das geheime Netz des Guten um Auschwitz

Ein Film über Menschen, die Auschwitz-Häftlingen halfen

Seit Kurzem kann der Film »Das geheime Netz des Guten um Auschwitz« über ASF zur Verfügung gestellt werden. Die deutsche Uraufführung fand am 1. September 2019 – zum Tag des Gedenkens an den Beginn des Zweiten Weltkrieges – in Berlin statt (Originaltitel: »Auschwitz – w sieci dobra«). Regisseurin Barbara Daczyńska, Mitarbeiterin der IJBS Jugendbegegnungsstätte, die bei der Filmvorführung anwesend war, erzählte, die Geschichte ihres Großvaters Eugeniusz Daczyński habe den Anstoß gegeben, den Film zu drehen: Im Dokumentarfilm wird beschrieben, wie Einwohner*innen von Oświęcim und Umgebung den Häftlingen im Konzentrationslager Auschwitz unter Lebensgefahr halfen. Der Film besteht vor allem aus Zeitzeugeninterviews. »Wir haben die Gespräche 2012 aufgenommen und 20 Zeitzeug*innen interviewt. Heute leben von ihnen noch acht. Es war die letzte Gelegenheit, solch einen Film zu machen«, so Barbara Daczyńska.

Willst du etwa sagen: »Wir haben das nicht gewusst«?

(Sprüche 24, 12)

In der Mitte der Stadt Berlin, die an den Mauerfall und die friedliche Revolution vor 30 Jahren erinnerte, fand unter dem Bibelwort »Willst du etwa sagen: ›Wir haben das nicht gewusst‹?« (Sprüche 24, 12) der ASF-Gottesdienst zur Erinnerung an die Novemberpogrome statt. In einer präzisen und klaren Predigt banden Mitglieder der AG Theologie die verschiedenen Dimensionen dieses Tages zusammen, die Predigt stellen wir unter www.asf-ev.de/de/infothek/aktuelles/newsmeldung/willst-du-etwa-sagen-wir-haben-das-nicht-gewusst zum Download bereit.

Ich möchte Gutes tun!

Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2001

Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) meine Stimme geben und Mitglied werden (Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/mitglieder

Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro

☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐☐☐ ☐☐

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

ASF Gläubiger-Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....

Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin. Oder faxen an: 030 28 395 135

Hinweis zum Datenschutz: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. verwendet personenbezogene Informationen nur zur Erfüllung ihrer Aufgaben innerhalb der Organisation. Wir geben Personendaten nur an Dritte weiter, sofern dies für ihre Aufgaben erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben oder erlaubt ist oder eine Einwilligung vorliegt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungen sind die Abwicklung der Spende gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO sowie unser berechtigtes Interesse gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, unsere Spender*innen über die Verwendung der Spende und unsere Arbeit zu informieren. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: www.asf-ev.de/de/datenschutz/

Danke für Ihre Unterstützung und Solidarität!

Wie bekomme ich das *zeichen*?

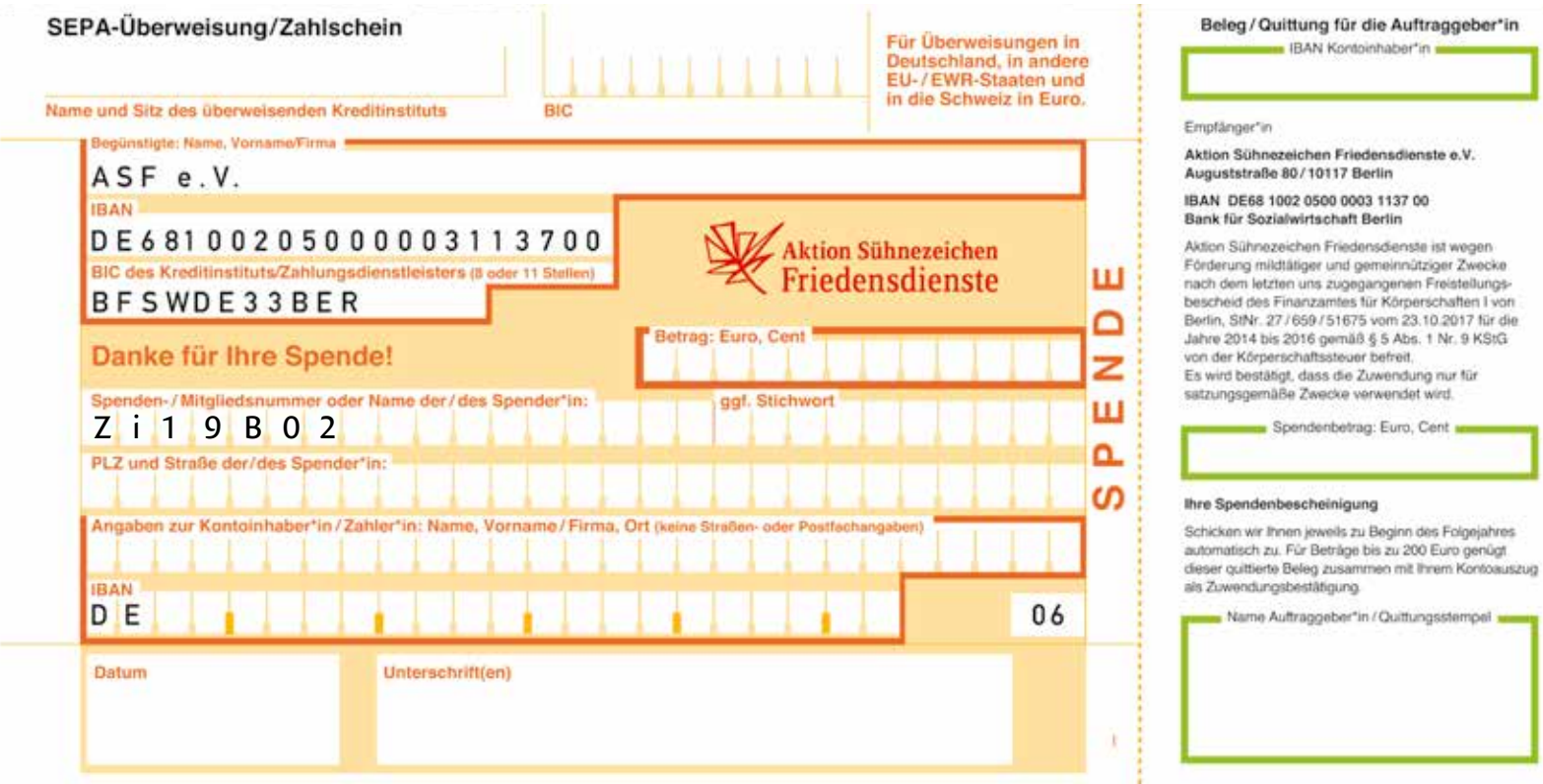
Mitglieder, Projektpartner*innen, Multiplikator*innen, für ASF kollektierende Gemeinden, ehemalige Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche erhalten das *zeichen* als Dankeschön, zum Weitergeben, zur Information, um neue Leser*innen zu werben. Ehemalige Freiwillige erhalten das *zeichen* in den ersten fünf Jahren nach dem Friedensdienst. Und ansonsten liegt das *zeichen* ab einer Spende von zehn Euro jährlich an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste immer aktuell bei Ihnen und Euch im Briefkasten.

Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen – mit Texten und Themen, die uns alle angehen

Dreimal jährlich erscheinen die Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar, zum Israelsonntag und zur Ökumenischen Friedensdekade im November. Darin finden sich Liturgievorschläge und Predigtentwürfe, Materialhinweise und Rezensionen, aber auch politische und theologische Artikel zu den Themen, die uns bei ASF bewegen und mit denen wir uns an die Öffentlichkeit wenden.

DZI Spenden-Siegel

Das Spenden-Siegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.


SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland, in andere EU-/EWR-Staaten und in die Schweiz in Euro.

Begünstigte: Name, Vorname/Firma

ASF e.V.

IBAN

DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33BER

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Danke für Ihre Spende!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name der/des Spender*in:

Zi19B02

ggf. Stichwort

PLZ und Straße der/des Spender*in:

Angaben zur Kontoinhaber*in/Zahler*in: Name, Vorname/Firma, Ort (keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

Beleg/Quittung für die Auftraggeber*in

IBAN Kontoinhaber*in

Empfänger*in

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80/10117 Berlin

IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00
Bank für Sozialwirtschaft Berlin

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist wegen Förderung mildtätiger und gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 23.10.2017 für die Jahre 2014 bis 2016 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit.
Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

Ihre Spendenbescheinigung

Schicken wir Ihnen jeweils zu Beginn des Folgejahres automatisch zu. Für Beträge bis zu 200 Euro genügt dieser quittierte Beleg zusammen mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung.

Name Auftraggeber*in/Quittungsstempel

EIN JAHR ENGAGIERT IM AUSLAND

Du möchtest anderen Menschen helfen und dabei viel für Dich dazulernen? Möchtest im Ausland arbeiten und Dich für Verständigung und Frieden einsetzen? Und dabei auch noch eine Menge Spaß haben?

Dann mach einen Freiwilligendienst bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Mit uns kannst Du Dich in einem von 13 Ländern, beispielsweise in den USA, in Frankreich, Russland oder Israel, ein Jahr lang sinnvoll engagieren. Dabei wirst Du kompetent vorbereitet und vor Ort professionell begleitet.

Bewirb Dich jetzt für einen Freiwilligendienst 2020/21!
www.asf-ev.de/freiwilligendienste

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Alle Informationen zu unseren Kampagnen, Aktionen und Mitteilungen findest Du in unserer neuen Infothek unter **www.asf-ev.de/infothek** und in den sozialen Netzwerken.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

www.asf-ev.de | asf.de | asf_ev | asf_ev